DEMOKRATISCHER INFORMATIONS DIENST

-,50

HERAUSGEGEBEN VOM ANTI-STRAUSS-KOMITEE FEBR.81 NR. 43

IN DIESER NUMMER:

Formiert sich die Rechte? Seite 3
Kleiner Katechismus für Strauß - Anhänder Seite 5
Enthüllungen Seite 8
Hungerstreik gegen Foltermorde Seite 13
Kriegsgefahr Seite 17
Begräbnis von Großadmiral Dönitz Seite 20
Die Hoffmann-Leute prügeln und morden weiter Seite 22
Jugend und Neonazis Seite 26
Betriebsratswahlen '81 Seite 29
Gesinnungsterror durch Meinungsfreiheit Seite 32
Berufsverbot: Ein Lehrer soll... Seite 34
Kurzmeldungen Seite 35

"Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen nein!" Anläßlich dieser Aktion zeigte das Anti-Strauß-Komitee, welche Konsequenzen die Forderung "Frauen in die Bundeswehr" hat: Die Frau als "Produzentin" der Soldaten und "Stütze" des Krieges an der Heimatfront.

AN MEINE LANDSLEUTE
(1949)

Ihr, die ihr überlebtet in gestorbenen Städten
Habt doch nun endlich mit euch selbst Erbarmen!
Zieht nun in neue Kriege nicht, ihr Armen
Als ob die alten nicht gelanget hätten:
Ich bitt euch, habet mit euch selbst Erbarmen!

Ihr Männer, greift zur Kelle, nicht zum Messer!
Ihr säßet unter Dächern schließlich jetzt
Hättet ihr auf das Messer nicht gesetzt
Und unter Dächern sitzt es sich doch besser.
Ich bitt euch, greift zur Kelle, nicht zum Messer!

Ihr Kinder, daß sie euch mit Krieg verschonen
Müßt ihr um Einsicht eure Eltern bitten.
Sagt laut, ihr wollt nicht in Ruinen wohnen
Und nicht das leiden, was sie selber litten:
Ihr Kinder, daß sie euch mit Krieg verschonen!

Ihr Mütter, da es euch anheimgegeben
Den Krieg zu dulden oder nicht zu dulden
Ich bitt euch, lasset eure Kinder leben!
Daß sie euch die Geburt und nicht den Tod dann schulden:
Ihr Mütter, lasset eure Kinder leben!

Bertolt Brecht

Kriegserklärung

Strauß warnt vor dem Pöbel

tz München

In Bayern darf es nicht dazu kommen, daß der Pöbel die Straße regiert. In einem Brief an Innenminister Gerold Tandler fordert Ministerpräsident Franz Josef Strauß: „Schon jetzt sind alle Maßnahmen zu ergreifen, damit sich im Freistaat so schwere Ausschreitungen randalierender, brutaler Chaoten wie in Frankfurt, Berlin und Hamburg nicht ereignen können." Hausbesetzuungen in Nürnberg und Erlangen zeigten, „wie nahe wir schon ähnlichen Zuständen sind". Die Vermeidung solcher bürgerkriegsähnlicher Zustände gehöre zur Friedenspflicht des Staates.

tz 5.2.81/S.1

Der Multimillionär,
Haus und Grundstücksbesitzer,
Franz Josef Strauß,
zeigt sich nun verstärkt
als Kriegstreiber nach innen.
Jetzt „pöbelt" er die
Münchner Bevölkerung an,
die gegen

hohe Mieten und Wohnungsnot,
verplemperte Milliarden
für Prestigebauten,
Haus- und Bodenspekulanten

ist, beleidigt sie als
„randalierende, brutale Chaoten".
Strauß fordert
„Friedenspflicht des Staates"
für sich und die anderen
Spekulanten,
um sich vor dem
Volk zu schützen,
das unseren Ministerpräsidenten
an seinen Amtseid erinnern könnte:

„Eigentum verpflichtet
gegenüber der Gesamtheit.
Offener Mißbrauch . . .
genießt keinen Rechtsschutz."
(Bayr. Verfassung, Art. 158)

Anti-Spekulations-Komitee c/o Wirtshaus am Hart, Sudetendeutsche Straße 40. ☎31 16 039. Jeden Dienstag ab 19.00 Uhr Treffen.
V.i.S.d.P.: Armin Witt, Martin-Greif-Straße 3, 8000 München 2.

Formiert sich die Rechte ?

Als im letzten Herbst der "Anachronistische Zug" 3 Wochen lang durch die bundesdeutschen Lande fuhr in der Absicht, dieser Republik einen Spiegel vorzuhalten, wurde damit auch die Frage aufgeworfen: War es eine der wesentlichen Seiten der Wahlkampfstrategie von Strauß, diese Zeit zu nutzen, verstärkt seine Gefolgschaft um sich zu scharen, um sie politisch-ideologisch und organisatorisch zu formieren? In der Anti-Strauß-Bewegung - so meinen wir als 8 Jahre lang kontinuierlich arbeitendes Komitee - muß das Problem diskutiert werden, wann und warum der Faschismus zu seinem Machtantritt eine Massenbasis und Bewegung braucht. Oder konkret gesagt: was tut sich eigentlich tagtäglich in unserem Land auf Seiten der Rechten und was sind die Menschen eigentlich schon alles bereit hinzunehmen, zu dulden und zuzulassen an Angriffen auf die Demokratie. Nur wenn die Demokraten in ihren Reihen darüber Klarheit herstellen können, wird auch deutlich, was sich qualitativ in den letzten Jahren und Monaten geändert hat im Lager derer, die den schwarzbraunen Sumpf ausmachen. Hat sich nicht gerade im letzten Jahr für Strauß und seine Anhängerschaft die Aufgabe gestellt, aus dem zum Teil in sich widersprüchlichen Sammelsurium der Rechten eine einheitliche "Bewegung zur Rettung des Vaterlandes" (1) schaffen und auszubauen ? Wenn es richtig ist, daß in unserem Land die wirtschaftlichen Krisen unausweichlich tiefer und schärfer werden, daß Arbeitslosigkeit, soziale Verschlechterung, Verengung des Binnen-und Außenmarktes für die Wirtschaft und die Militarisierung der ganzen Gesellschaft in rasantem Maße zunehmen, wenn es stimmt, daß Strauß auf den Zeitpunkt spekuliert, dann wenn es nicht mehr tiefer sinken kann, gehört zu werden, um Recht und Ordnung für das Große Geld herzustellen - dann allerdings stellt sich die Frage: Wie kann er das machen? Geht so etwas ohne die Menschen, die darauf politisch eingeschworen sind, ohne eine breite organisierte Anhängerschaft? Welche Bedingungen müssen für einen solchen Machtantritt unter der Devise: Beseitigung der Demokratie, um die Demokratie zu retten, gegeben sein?

Dieser DID bietet Fakten und Enthüllungen an, die, wie wir meinen, unter diesen Fragestellungen beurteilt werden sollten. Dabei wollen wir von vornherein Mißverständnisse vermeiden. Es gibt nach wie vor im Lager des Konservativismus, der Reaktion zahlreiche Widersprüche. Strauß und seine Leute müssen noch allerhand aufbieten, um ihr Lager umfassend zu einen. Und man soll auch ja nicht glauben, daß das, was uns z.B. in Bayern von einer CSU-Regierung geboten wird an Angriffen auf die Demokratie, alles ist, was diese Herren uns zu bieten haben. Wir sollten daher die vorhandenen Widersprüche nutzen, d.h., die Chance wahrnehmen, die Menschen abzuhalten, ins Lager der Reaktion überzugehen und damit zur Reservearmee der Strauß'schen Politik zu werden.

Die CSU ist heute sicher nicht als geschlossene Massenpartei des Faschismus zu bezeichnen, aber was hat sich in ihr politisch und ideologisch geändert, welche Transformierungen erleben die Strukturen der CSU/CDU durch Strauß, Stoiber, Zimmermann und Co?
Wo sind sie denn, die angeblich so in Opposition zu Strauß stehenden "liberalen" CDUler wie Albrecht, Kiep, usw.?
Setzen die "Grauen Herren von den Kartellen" (2) auch weiterhin auf eine Politik, wie sie von der jetzigen Regierung betrieben wird oder bereiten sich diese Leute nicht mit Hilfe von Strauß und Anhang auf Zeiten vor, wenn es hagelt in der Wirtschaft und die Sonne der Konjunktur nicht mehr scheint?

Die Ereignisse der letzten Wochen haben sehr drastisch gezeigt, wo die Interessen der Rüstungsindustrie liegen:
Krauss-Maffai drängt darauf, daß seine Leoparden

in alle Welt verkauft werden. In der Türkei sind sie schon, mit Saudiarabien steht ein großer Deal bevor. Alle Wirtschaftsgiganten der BRD stecken im Tornadogeschäft (Siemens, Thyssen, Krupp, usw.) und fordern Milliarden von Steuergeldern für das größte technologische Projekt seit Christi Geburt (so Kanzler Schmidt). Der MBB-Konzern, bei dem Strauß einen wichtigen Aufsichtsratsposten bekleidet, hat nach der VFW-Fusionierung 300 Millionen DM als Subvention locker gemacht. Dieses Geschäft mit dem Tod, daß den größten Teil des gesamten Steueraufkommens auffrißt, berührt die Lebensinteressen der gesamten Bevölkerung. Wer solche Geschäfte führt, muß mit dem Widerstand aller Antimilitaristen rechnen.

Wir müssen aktiv werden, wenn ein Verteidigungsminister Apel klagt, daß der Pazifismus in der Bevölkerung zunehme, wenn Frauen in die Bundeswehr gepreßt werden sollen, usw.

Aber auch dabei dürfen wir die Unterschiede nicht übersehen. Die Konzerngewaltigen in Banken und Schwerindustrie werden immer eine solche Politik unterstützen, die ihnen ihre Geschäfte am besten führt. Strauß bietet sich schon seit langem an, nicht nur bei MBB sondern auch in Bonn diesen Leuten das politische Geschäft zu betreiben, und zwar besser, rücksichtsloser, ohne eine Partei im Rücken, die eigentlich keinerlei Interesse daran hat, die U-Boote nach Chile zu verkaufen, und mit dem Kanzler Schmidt lästige Diskussionen darum zu führen hat. Die Sorgen wird Strauß nicht haben, schließlich sorgt er schon heute dafür, daß seine politischen Reserven rückhaltlos bereit sind, seinem Programm zu folgen.

Um diese Fragen die Auseinandersetzung zu führen, mit praktischen Widerstandsaktionen dieser Entwicklung entgegenzutreten und die Einheit der Demokraten zu stärken - das ist eine Lebensfrage für die Demokraten. Dieser DID will dazu einen Beitrag leisten. ■

1 zit. nach Strauß
2 nach "Anachronistischen Zug"
VFW = Vereinigte Flugzeug Werke

"Ehrlich, Herr Ministerpräsident, bei Ihrer 'Sammlungsbewegung' würde ich auch mitgehen."

Kleiner Katechismus für Strauss-Anhänger

Es ist geradezu still um ihn geworden. Man hört, sieht und liest kaum etwas von ihm. Ruht er sich nun doch auf seinem Ministerpräsidentensessel aus? Oder nimmt er sich jetzt die Zeit, innige Kontakte mit politischen Freunden im In- und Ausland zu pflegen? Arbeitet er ein Konzept für den Sturz der Regierung aus? Das und noch einiges andere ist ihm zuzutrauen, und wir alle sind gefordert, wachsam zu sein! Er hat noch längst nicht alle seine Karten ausgespielt.
"Täuscht euch nicht über mein Schweigen in den letzten Wochen, das ist kein resignierendes Hinnehmen dessen, was ihr tut". Solches bekamen jedenfalls Redakteure des CSU-freundlichen Springer-Blattes "Münchner Merkur" von Strauß zu zu hören (SZ 23.12.80),und daß der Landtagsberichterstatter dieser Zeitung kein Recht habe, Strauß zu kritisieren. Er werde dem Journalisten das Handwerk legen und überhaupt den "Münchner Merkur" durch eine wirklich konservative Tageszeitung ersetzen.
Nun meinten manche Kommentatoren (Pucher vom Merkur selbst und in der SZ 20/21.12.80),diese massiven Angriffe und Drohungen seien nicht überzubewerten, da Strauß sie ja im angetrunkenen Zustand losgelassen habe. Ja wo haben denn diese Schreiberlinge seit Jahren ihre Augen und Ohren? Wieviel Alkohol hätte Strauß denn ihrer Meinung nach zu seiner Sonthofener Rede getrunken haben müssen?
Hätte er nicht permanent besoffen gewesen sein müssen, seit er unsere politische Landschaft ziert? Strauß meint, was er sagt, mindestens seine Grundeinstellung zur Presse- und Meinungsfreiheit ist doch seit langem bekannt. Da wird auch kein Unterschied zwischen Freund und Feind gemacht. Es trifft eben nicht nur Andersdenkende wie Demonstranten, Plakettenträger und oppositionelle Schriftsteller, sondern auch Freunde in den eigenen Reihen. So wurde nach dem Motto

DU DARFST STRAUSS NICHT KRITISIEREN

vor kurzem der Göttinger Michael Schmelich, niedersächsischer Landesvorsitzender der Jungen Arbeitnehmer, all seiner Parteiämter enthoben, weil er seine Bedenken gegen Strauß hatte. Der "Münchner Merkur" und der Göttinger Schmelich sind nicht mehr als zwei Fälle aus der jüngsten Zeit.

GÖTTINGEN, 8. Januar (dpa) Dem niedersächsischen Landesvorsitzenden der jungen Arbeitnehmerschaft (JA), Michael Schmelich (Duderstadt), ist am Mittwoch vom CDU-Kreisverband Göttingen "wegen seiner Kritik an Franz Josef Strauß während des Bundestags-Wahlkampfes für drei Jahre die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern aberkannt worden". Ihm werden in der Begründung des Göttinger CDU-Kreisverbandes "erhebliche Verstöße gegen die Grundsätze und Ordnung der CDU, die schweren Schaden für die CDU zufolge hatten, vorgeworfen".
Der 26-jährige Schmelich sagte auf Anfrage der dpa: "Der CDU geht es bei dieser Strafaktion darum, kritische Parteimitglieder mundtot zu machen. Der Wahlausgang hat meine Kritik noch bestätigt". Ferner werde er rechtlich klären lassen, ob der CDU-Kreisvorsitzende in Göttingen, Clemens Stroetmann, überhaupt einen solchen Beschluß fassen könne, ohne dem Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich zu äußern.
Schmelich hatte nach dem Vorwurf der CDU während des Bundestagswahlkampfes in einigen Interviews erklärt: "Strauß ist ein ungeeigneter Gesprächspartner für die Anliegen der arbeitenden Jugend. Die welt-, wirtschafts- und sozialpolitische Lage der 80er Jahre bedarf eines anderen Kanzlers für die BUndesrepublik Deutschland".
Frankfurter Rundschau 9.1.81

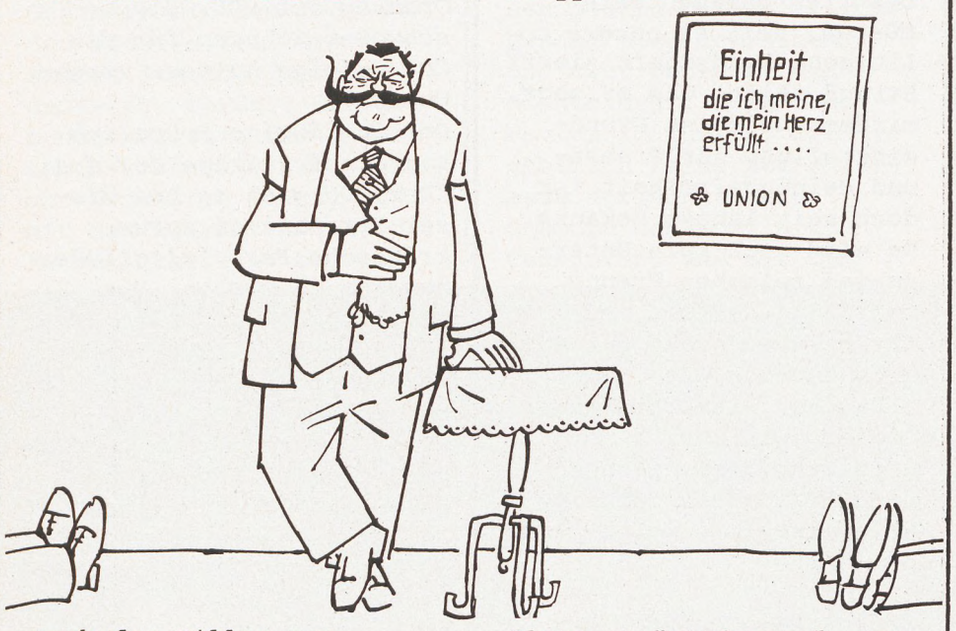
Wenn man zwei neuere Gerichtsurteile für Strauß, die gegen die IG Metall ausgesprochen wurden, betrachtet, so gewinnt man den Eindruck, daß es jetzt auch schon heißt

DU DARFST STRAUSS NICHT ZITIEREN

"Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest des Jahrhunderts von diesen Banditen es keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen", dieses Zitat aus der Sonthofener Rede von 1974 soll man also nach dem Willen von Strauß und dem Urteil seiner Richter künftig nicht mehr ungestraft anführen dürfen. Jedenfalls, so die Gerichte, nicht ohne Zusatz, denn 1981 sagt Strauß, er habe damit "die Terroristen" gemeint. Das muß einem nach all den Jahren, wo jeder Linke, jeder Demokrat sich selbst gemeint fühlen konnte und es auch tat, ja auch einmal gesagt werden!
Was doch einiges Rauschen, zumindest im Bayrischen Blätterwald, verursachte, war und ist die Affäre vom 23. 9. letzten Jahres am Münchner Marienplatz, der man den Titel

DU DARFST NICHT WIDERSPRECHEN

geben kann.
Denn ausgerechnet der Polizeivizepräsident von München, Georg Wolf, hat es gewagt, zu widersprechen, als er sich weigerte, auf Befehl von Strauß 100 bis 150 Gegendemonstranten mit ihren Transparenten und Stoppt-Strauß-Plakaten vom Platz zu "entfernen". Das hätte allerdings dann ein schönes Bild fürs Fernsehen gegeben: Ruhe an der Heimatfront oder Die Hauptstadt der Bewegung einig für Strauß! Wolf hat dafür also keine Rechtsgrundlage gesehen, was ihn in den Augen von Strauß sofort "unfähig" machte, zu jemandem, der ja "schon 1972 beim Olympia-Massaker versagt" habe. Er erklärte ihn, so Wolf, mehrfach für abgesetzt und verlangte einen besseren Einsatzleiter
Nun hat ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß zu klären, ob Wolf lügt. Denn wenn nicht, dann hat der Herr Ministerpräsident seine Befugnisse überschritten und damit gegen die Verfassung verstoßen. Das ist der springende Punkt und nicht etwa, ob nun letztendlich vielleicht Innenminister Tandler aus dem fernen Kulmbach per Handzeichen die Ablösung von Wolf verfügt hat.
Nun ist aber der Untersuchungsausschuß in der mißlichen Situation, daß keiner der umstehenden CSU-Politiker trotz der zugegebenen Lautstärke der Auseinandersetzung das mit dem "Absetzen" gehört haben will, keiner will das bezeugen. Die anwesenden Sicherheitsbeamten gar haben nach ihren eigenen Worten die "Ohren auf Durchzug" gestellt, wie das bei Politikergesprächen jedenfalls ihre "Gewohnheit" sei. In diesem Beruf scheinen sich die Ohren ganz schön zu deformieren.



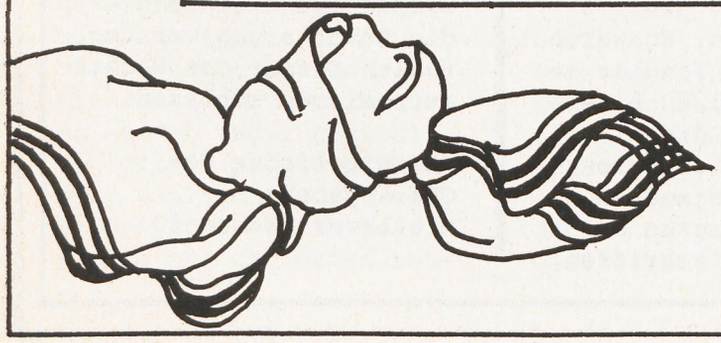
Ob Strauß je vor dem Ausschuß aussagen wird, ist natürlich unklar, als Beschuldigter muß er ja auch nicht. Inzwischen greift er zur bewährten Methode Schlammschlacht und beschuldigt undbeschimpft, um von sich abzulenken, andere. Jetzt, nach neun Jahren, weiß er plötzlich haarsträubende Einzelheiten über den Polizeieinsatz von damals, daß z.B. durch Ver-

sagen der Einsatzleitung Polizisten Polizisten erschossen hätten. Das scheint ihm allerdings solange wurscht gewesen zu sein, als ihm keiner von ihnen an den Karren fuhr!
Ein sauberer Racheakt ist es auch, wenn er nun plötzlich feststellt, daß die Herren Polizeioberen nur dazu taugen, "Bleistifte zu spitzen und Klosettpapierrollen zu stapeln" (FR 22.1.81).
Aber auch hier dasselbe Bild: der CSU- Landtagsabgeordnete Hölzl, der sich in einem Pressegespräch gegen diese Beschimpfungen gewandt hatte, sieht nach einem persönlichen Gespräch mit Strauß nun alles anders. Nicht gerügt hat er Strauß, nein, gelobt hat er ihn.
Was wird aus dieser Geschichte noch groß werden? Wenn der Untersuchungsausschuß tatsächlich zu der Überzeugung gelangen sollte, daß Strauß gegen die Verfassung verstoßen hat, wäre die Folge eine Ministerpräsidentenklage beim Verfassungsgerichtshof. Und dazu bräuchte es eine Zweidrittelmehrheit im Landtag.
Da kann er ruhig schlafen. Denn was er auch immer treibt, es gibt da zu viele, die ihm dabei gerne zusehen, um nicht ins Kreuzfeuer zu geraten und sich damit ein Ämtchen, ein Pöstchen, ein Geldchen zu verscherzen. Hängen sie doch alle von ihm und seinen hochmögenden Gönnern und Förderern ab.

D u sollst weiter auf Strauß ein Auge haben! ■

SCHWEIN DARF NICHT FRANZ JOSEF HEISSEN

Nach einem neuen Maskottchen muß sich zunächst einmal die Polit-Rock-Gruppe "Checkpoint Charlie" umsehen. Ihr sechstes "Bandmitglied", ein rosafarbiges Pappschwein namens Franz Josef beleidigt nach Meinung eines Kemptener Schöffengerichts den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Es verbot die Vorführung des Maskottchens. Die Musiker legten Berufung ein. Der CSU-Vorsitzende war in der Verhandlung als Nebenkläger aufgetreten. Das Maskottchen solle die Assoziation hervorrufen, daß Strauß ein Schwein sei, begründete das Schöffengericht das Urteil. Die Band, die auf einem Bauernhof selbst Schweinezucht betreibt, wies den damit verbundenen Vorwurf als eine seltsame Gedankenbrücke zurück. Ihr auf ein Schild gemaltes Borstenvieh war nach einem Konzert im Allgäu vom vergangenen Jahr, Gegenstand der Rechtssprechung geworden. Bei der Vorstellung von "Franz Josef" hatten die Musiker damals dem Publikum erklärt, Ähnlichkeiten mit lebenden Schweinen seien rein zufällig und nicht beabsichtigt.
aus Mittelbayerische Zeitung vom 23.12.80



NICHT VERGESSEN!

ABO '81 BEZAHLEN

DANKE!

Postscheckkonto Jacobi
München 28 82 65 - 809

"Verdienste um die Demokratie"

Eine Sternstunde für den Zauberlehrling: Alt-Nazi und Bundespräsident Carstens hatte den Tandler für seine Verdienste um den Rechtsstaat und die Demokratie mit dem Großen Verdienstkreuz der BRD ausgezeichnet, beider Herr und Meister, FJS war sich nicht zu schade, dem treuen Diener aus Altötting den Blechstern höchstpersönlich an die Brust zu heften (siehe Foto).

Wir vom DID wollen nicht versäumen, wieder die neuesten Verdienste des CSU-Innenministers zu erwähnen (siehe auch DID 42), damit auch jedermann weiß, was wir an ihm haben.

Weil die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes eine Trauerkundgebung für die Opfer des Wiesenattentats durchführte, erwähnte dies Tandler als Indiz für die Verfassungsfeindlichkeit der VVN im monatlichen Verfassungsschutzbericht des bayerischen Innenministeriums.

Die Demonstration des DGB-Bayern gegen den NPD-Parteitag in Augsburg wurde wenige Stunden vor Beginn von Tandler umgeleitet. Zwischen Friedhof und Gefängnis (da hätte er uns wohl gern) - fernab von den Bürgern ließ Tandler die Gewerkschafter protestieren. Der nachstehende Leserbrief aus der SZ vom 1.1.81 läßt befürchten, daß Tandler noch lange nicht alle Verfassungsfeinde in seinen ministeriellen Berichten erfaßt hat:

Der demokratische und fortschrittliche Redakteur der "Nürnberger Nachrichten", Klaus Schwesiger, wurde entlassen.
Kurz darauf überreicht F.J. Strauß an den Herausgeber der "Nürnberger Nachrichten", den Verleger Heinrich Merkel, das von Bundespräsident Carstens verliehene Große Verdienstkreuz mit Stern...

Nicht vergessen!! Bei Umzug neue Adresse angeben.

SCHUTZ VOR RECHTSRADIKALEN

In Augsburg hat am 22. 11. die größte antifaschistische Demonstration in Bayern seit dem Krieg stattgefunden. Die GEW empfindet es als skandalös, daß auf Grund einer Anordnung des bayerischen Innenministeriums Tausende von Antifaschisten durch abgelegene Straßen ziehen mußten, während in der Kongreßhalle 250 NPD-ler, die geistigen Väter der Attentäter von München, gut beschützt die nächsten Schritte ihrer neonazistischen Politik planen konnten. Wo waren die von Herrn Tandler angekündigten "1200 Linksextremisten", die als Vorwand für die Verlegung herhalten mußten, was von der Presse bereitwillig aufgegriffen wurde? War es nicht ein Versuch, möglichst viele Bürger von der Teilnahme an der Demonstration abzuhalten?
Offensichtlich war es der ansonsten so finanzschwachen bayerischen Regierung Hunderttausende von Mark für den Polizeieinsatz wert, den Parteitag der NPD (die nach Artikel 139 GG verboten sein müßte) stattfinden zu lassen.
Anstatt NPDler vor vermeintlichen Linksextremisten abzuschirmen, sollte die Regierung die Bevölkerung vor der realen Gefahr des Rechtsextremismus schützen.

Die Mitglieder der
GEW-Augsburg
Mittlerer Graben 10

Im Fight nach oben

Alfred Seidl wird siebzig Jahre

Wer vom lieben Gott nicht mit der Statur eines Hünen ausgestattet worden ist, zeigt zuweilen einen Impetus, der ihn im Leben weit nach oben trägt. Bei Alfred Seidl, dessen temperamentvolles Leben heute vor siebzig Jahren begann, war es wohl so. Ein permanenter innerer Auftrieb, ein scharfer Verstand, eine geübte Zunge, ungebrochene Hartnäckigkeit, die Härte und Fairness eines Gentleman-Sportlers und das Wissen um den Vorteil einer Außenseiter-Position — all dies half Seidl, zu einem Mann zu werden, der nicht zu übersehen ist: In jungen Jahren Boxmeister im Fliegengewicht, später ein Ski- und Après-Ski-As, ein allerseits respektierter Anwalt, der sich auch bei den internationalen Kriegsverbrecher-Prozessen in Nürnberg versuchte, ein Politiker schließlich, auf den kein Schema paßt.

Seine unkonventionelle Art brachte Seidl das Amt des Fraktionsvorsitzenden der CSU im bayerischen Landtag ein, in dem er manchmal auf erfreuliche, manchmal auf bittere Weise erfahren konnte, daß Politik keineswegs etwas Abstraktes ist, sondern etwas sehr Menschliches sein kann. Der Star im juristischen Fach wechselte ins alte Metier zurück, als er Staatssekretär im Justizministerium wurde. Schließlich wurde aus dem ehemaligen Strafverteidiger ein bayerischer Innenminister, dessen Vigilanz sich auch noch auf staatsrechtliche Arbeiten im Dienste seiner Partei erstreckte.

Der Dank, den er dafür erwartete, wurde Alfred Seidl nicht in der Form zuteil, die er sich wünschte. Der Abschied aus dem Kabinett, aus dem Ministeramt, fiel ihm nicht leicht — kein Wunder angesichts des Engagements, mit dem er tätig war. Geblieben sind ihm die Münchner Kanzlei und das Abgeordnetenmandat im Landtag, die hoffentlich ausreichen werden, um den Rastlosen noch lange in Gesundheit zu beschäftigen. hc

Da die SZ einige seiner Leistungen "vergessen" hat, wollen wir es nicht versäumen, diese nachzuliefern:

- 1938 bekam er seinen "Doktor" für die Dissertation mit dem Thema: "Der Beginn der Straftat". In dieser äußert er sich positiv zum faschistischen Rechtsbegriff und hat sich bis heute davon nicht distanziert.
- 1946 verteidigte er als Pflichtverteidiger Rudolf Heß. In seiner Beweisführung beschränkte sich Seidl nicht nur auf Punkte, die für die Beurteilung des Angeklagten wesentlich waren; sondern sein Plädoyer galt darüberhinaus der Verteidigung, der zwangsläufigen Entstehung und der Ideologie des Nationalsozialismus.
- 1978 Seidl ist Innenminister, das bayerische Polizeiaufgabengesetz wird verabschiedet und nimmt eine Vorreiterrolle für die anderen Bundesländer ein.
- 1980 schreibt er - immer noch CSU-Mitglied - einen Leitartikel in der "Deutschen Nationalzeitung".

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee, München 1979, 3. erweiterte und aktualisierte Auflage, 112 Seiten, kart., Preis: 4.80 DM. Bestellungen an Heinz Jacobi, M Greif-Straße 3, 8000 München 2.

100 Seiten, DINA 5, Preis 5 DM.
Zu beziehen über: Sekretariat Brecht statt Straß, Tulbeckstr. 4, 8000 München 2.

Justiz gewährt rechts Schutz

Ausgerechnet den inzwischen zum Oberstaatsanwalt avancierten Herrn Nikolaus Görlach bestimmte Generalbundesanwalt Rebmann zum ermittelnden Staatsanwalt in Sachen Wiesenattentat - als ob es keinen anderen gäbe!

Görlach machte bundesweit von sich reden, weil er das Münchner Ehepaar Monika und Christian Lehsten wegen Überklebens zweier Neonaziplakate der "Deutschen Volksunion" (DVU) über Jahre hinweg juristisch verfolgte. Für Görlach war dieser selbstverständliche Widerstand gegen faschistische Propaganda "Gewalt" und Sachbeschädigung, die er mit einem Strafbefehl von 2400.- DM geahndet haben wollte. Mit allen juristischen Mitteln kämpfte Görlach für die Freiheit der Neonaziplakate der DVU, deren Vorsitzender der berüchtigte Dr. Gerhard Frey (Herausgeber der National-Zeitung) ist. Noch heute (Jan. 1981) - im fünften Jahr - läuft dieser Prozeß. (Der DID berichtete.)

Gerade in der ersten Instanz im Verfahren gegen die Lehstens zeigte Gör-

lach mit seinen Kraftsprüchen ein Demokratieverständnis, das genau im Interesse von Strauß und Frey ist: "Unsere Demokratie hat sich Spielregeln gegeben, die stehen im Strafgesetzbuch." "Noch funktionieren Recht und Ordnung. Wenn es eine Zeit gibt, wo sie nicht mehr funktionieren, kann man sich darüber unterhalten, ob man Plakate klebt." "Die Demokratie funktioniert auch ohne den Herrn L."

Einer, der so denkt, der verfolgt ja wohl kaum mit der notwendigen Schärfe die faschistischen Bombenleger, muß dessen Ermittlungstätigkeit nicht geradezu zum Schutz der Neonazis werden?

Wen wundert's da noch, wenn das Ergebnis der Ermittlungen die sattsam bekannte "Einzeltätertheorie" ist. Haben nicht Strauß und Tandler von Anfang an gesagt, die Hoffmanngruppe habe nichts damit zu tun? Da kommt natürlich auch der Herr Görlach zu keinem anderen Ergebnis, und konsequenterweise weiß auch der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Hans Piesker zu sagen, "In der BRD ist gegenwärtig keine 'terroristische Vereinigung' mit rechtsextremistischer Zielsetzung erkennbar." (SZ v. 31.12. 80)

Sage bitteschön keiner, unsere Justiz sei rechtsblind! Nein, die sehen ganz genau, wen sie mit solchen "Erkenntnissen" und Ermittlungen aus der Schußlinie nehmen und wen sie sich andererseits als die "Richtigen" aufs Korn zu nehmen haben! ■

"Ich bin ein Profi, der was von Finanzen versteht"

Mit diesem Satz charakterisierte sich Eberhard von Brauchitsch selber - nicht ganz unzutreffend, wie seine Biographie zeigt. Durch die Presse ging Brauchitschs Name in der letzten Zeit u.a. auch deshalb, weil der BDI einstimmig beschlossen hat, Brauchitsch als künftigen BDI-Boss vorzuschlagen. Der Kompromißkandidat Rodenstock, als Kapitalist ein relativ kleiner im Vergleich zu Größen wie Siemens, Flick, Thyssen usw. machte seine Sache wohl nicht entschieden genug im Interesse der größten Monopolunternehmen. Auf jeden Fall wird jetzt - nach Schleyers Ermordung und dem Zwischenspiel von Fasold und Rodenstock wieder ein Vertreter eines der größten Unternehmen in der BRD als Boss der Bosse fungieren. Brauchitsch setzt mit seiner Kandidatur eine Tradition von Flickmanagern fort: bereits Otto A. Friedrich und H.M. Schleyer entstammten dem Flickkonzern.

Brauchitsch scheint der ideale Mann als Steuermann für kommende krisenhafte Zeiten zu sein. Er stammt aus altem schlesischen Adel, der dem reaktionären Preußentum bis in die jüngste Zeit eng verbunden war. Zahlreiche Mitglieder derer von Brauchitsch wurden preußische Offiziere. Einer seiner Sippschaft, Walther von Brauchitsch wurde Hitlers Heereschef. Jung-Eberhard ging auch schon mit den richtigen Leuten zur Schule: Seit Kindheitstagen ist er als Schul- und Familienfreund mit Friedrich Karl Flick verbunden. Dieser Friedrich Karl wurde der Haupterbe und Nachfolger vom alten Friedrich Flick, der bereits Hitler unterstützte und in Nürnberg als Kriegsverbrecher angeklagt wurde. E.v.Brauchitsch studierte Jura, wurde Rechtsanwalt und machte sich von 1957 bis 1959 als alleiniger Geschäftsführer der Deutschen Flugdienst GmbH - vorher war er bereits Vorstandsassistent der Lufthansa gewesen - einen Namen dadurch, daß er den Luftchartermarkt in Schwung brachte, indem er

Oetkers etwas flügellahme Condor mit den Interessen der Lufthansa verschmolz.

1960 holte ihn sich der alte Flick, bei dem Brauchitsch schnell Karriere machte. Bereits 1965 war er persönlich haftender und geschäftsführender Gesellschafter bei Flick.

Auch in diesen "besseren Kreisen" gibt es mal Streit: 1970 wechselte Brauchitsch für zwei Jahre das Ressort. Der Bruch war aber keineswegs so tief, denn Brauchitsch gab sein Büro in der Flickzentrale nie auf. Brauchitsch diente sich für dieses Zwischenspiel dem Pressezaren Axel Caesar Springer an. "Von der Presse verstehe ich nichts" sagte er selber ganz offen, aber eben was von Kapital. Für sich selber kassierte Brauchitsch bei Springer jährlich eine Million Mark. Er sorgte bei Springer dafür, das etwas glücklos begonnene Kassettengeschäft auf Vordermann zu bringen Aber bereits 1972 wollten die Flickherren Brauchitsch wieder zurück haben. Der alte Flick - der ja wohl genau wußte, was für Leute mit welchen Qualitäten er brauchte - lockte Brauchitsch mit einer testamentarischen Verfügung wieder zum größten Familienunternehmen Deutschlands zurück.

Brauchitsch ist einer, der nicht nur als Amateurboxer sondern eben auch als Topmanager eine Arbeitsweise hat, die in den Direktionsetagen geschätzt wird. Der Flick-Konzernboss Friedrich Flick hatte jahrzehntelang nach der Devise gehandelt "Habe Mehrheit, hoffe auf Zusammenarbeit" und damit die Vorstände aufgekaufter Aktiengesellschaften geschockt. Brauchitsch machte sich

"Altarbild" von Martin Färber, Orginalgröße des Bilderdrucks: 60x85 cm, Preis: 15DM Vertrieb Martin Färber, Zur Schönen Gelegenheit 10 D-8400 Regensburg

lesetips

Dokumentation:

...Mit Blut geadelt
- Die Offensive der Korporierten

Preis 2,- DM
Zu beziehen über:
Ch. Pauli
Silberne-Fisch-Gasse 16
8400 Regensburg

Dokumentation:

Deutscher Freidenker-Verband e.V.

Kirchen und Faschismus

Zu beziehen über
Michael Lazarus
Maronstr. 1
8000 München 70

Dokumentation:

Mit dem "Anachronistischen Zug" von Kiel nach Bonn - ganz individuelle Impressionen von einem ganz kollektiven Unternehmen

von Rolf Vellay

Zu beziehen über:
Büro Brecht statt Strauß
Tulbeckstr. 4
8000 München 2

PETER MASLOWSKI DAS THEOLOGISCHE UNTIER
Der sogenannte Teufel und seine Geschichte im Christentum

Format 13,5 x 20,5 cm. 320 Seiten. Paperback.
DM 14,70 / öS 117,— / sfr 13,80
Literatur-, Personen- und Sachregister.

Aus dem Inhalt:
Die Teufelsdramen des Mittelalters — Die Inquisition — Der katholische Hexenhammer — Das protestantische Theatrum Diabolorum — Die Verunglimpfung der Frau — Das Rituale Romanum — Zu Tode exorzisiert: Musterbeispiel Klingenberg

Der Autor:
Redakteur und Abgeordneter des Reichstags in der Weimarer Zeit. Schriften: „Kirche und Frau"; „Gotteslästerung"; „Wozu Konkordat?" Auf der ersten Ausbürgerungsliste der Nazis, zusammen mit H. Mann, W. Münzenberg, K. Tucholsky u. a. Nach 1945 Begründer und Chefredakteur der „Neuen Presse" Coburg.

Auslieferung:
IBDK-Verlag Berlin, Postfach 225, D-1000 Berlin 27
Schweiz: Pinkus Gen., Froschaugasse 7, 8025 Zürich

als Aufkäufer des Gerlingkonzerns mit dem Satz bekannt: "Auf die Rolle des Minderheitsgesellschafters verstehen wir uns nicht." Brauchitsch war es auch, der beim früheren Wirtschaftsminister Hans Friedrichs durchsetzte, daß die staatlichen Steuerprüfer den Flickerlös aus dem Daimlerverkauf von zwei Milliarden DM wohlwollend d.h. steuerfrei behandelten. Und als es wohlwollend mal nicht ging, als nämlich ein Steuerfreischein für 200 Mill. DM für ein neues Papierwerk der Flicktochter Feldmühle gebraucht wurde, drohte Brauchitsch dem SPD/FDP-Kabinett, man würde damit den "Vorstand zwingen, einen geschäftspolitischen Weg zu beschreiten, der mehr als zweitausend Arbeitsplätze gefährdet".

Brauchitsch ist ein enger Freund von Strauß und schreibt auch selber Meinungsartikel über die Grundwerte der Unternehmer im Bayernkurier. In seinem Arbeitszimmer hängt ein Bild von Springer. Zuckerbrot und Peitsche - von beiden Methoden scheint Brauchitsch wohl mehr der letzteren zuzuneigen.

Quellen: Spiegel v. 6.11. 1972 und 30.10.1978 ■

Der Angeklagte wurde zum Kläger

Der 25jährige Bundeswehrangehörige Reinhold Beer ist vom Vorwurf freigesprochen worden, gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben.
Beer hatte presserechtlich ein Flugblatt unterzeichnet, in dem zum Widerstand gegen eine Kundgebung der Jungen Jungen Nationaldemokraten am 15. März letzten Jahres in Nürnberg aufgerufen wurde.
Wir übernehmen den Kommentar der Nürnberger Nachrichten:

JUSTIZ ÜBERFORDERT

Am Prozeß gegen Reinhold Beer kann allenfalls das Urteil, der Freispruch, befriedigen. Im übrigen offenbarte er eine Krise der Justiz, die nicht von ihr, sondern vom Gesetzgeber heraufbeschworen worden ist. Ein Richter ist seinem Gewissen und den Paragraphen verpflichtet, die aber den Entscheidungsraum gravierend einengen.
Beer hatte erklärt, daß mit ihm der Falsche auf der Anklagebank sitze, und er behielt recht. Denn wenn es nicht um eine Formalität - die presserechtliche Verantwortung - gegangen wäre, sondern um die Sache selbst, dann hätten neben ihm Vertreter von DGB,Spd und Ausländerbeirat auch Platz nehmen müssen. Die Gerechtigkeit hatte es verlangt, aber das Gesetz sah dies Notwendigkeit nicht vor. Es wäre wohl auch zur Peinlichkeit geraten.
In gewisser Weise ist nicht Reinhold Beer, sondern die Justiz mit einem blauen Auge davongekommen. Mit formaljuristischen Argumenten konnte sie den Angeklagten vom Vorwurf freisprechen, gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Aber was ist schon das Versammlungsgesetz mit seinen gelegentlich grotesken Auslegungsmöglichkeiten (und andererseits seiner Beschränktheit) im Vergleich zur braunen Gefahr. (...)
In der Theorie gilt noch immer die Losung, daß den Feinden der Freiheit keine Freiheit zuzubilligen sei. In der Praxis sieht es offenbar anders aus. Im Falle des Reinhold Beer landete ein kritischer Geist auf der Anklagebank, weil er es gewagt hatte gegen das öffentliche Auftreten einer Partei zu opponieren, die als Nachfolgeorganisation der NSDAP bezeichnet werden darf.
Das Rechtsempfinden wurde auf den Kopf gestellt, obwohl - und darin liegt die eigentliche Gefahr - das Verfahren mustergültig mit Paragraphen abgedeckt war ...

Nürnberger Nachrichten 19.1.1981 ■

Hungerstreik gegen Foltermorde

Der Demokratische Informationsdienst interviewte einen türkischen Antifaschisten

DID: Ihr seid jetzt seit dem 1. Januar im Hungerstreik, also seit 14 Tagen. Könnt ihr den DID-Lesern noch einmal sagen, wofür ihr hungert?

T.: *Wir haben drei Forderungen. Das erste ist, daß wir konkrete Informationen über das Schicksal der vier engagierten Demokraten in der Türkei, nämlich Yasin Ketenoglu, Mehmet Ali Yilmaz, Bülent Forta, Selahatin Karatas haben wollen, nachdem der 5. von ihnen, Behcet Dinlerer gestorben ist an den Folgen der Elektroschockbehandlung. Und dann fordern wir, daß eine unabhängige Untersuchungskommission ins Leben gerufen wird, die von der Bundesregierung unterstützt wird. Es arbeitet bereits eine Untersuchungskommission des Europarates in der Türkei, die aber außer mit einigen ehemaligen Parteiführern und Generälen mit niemandem gesprochen hat. Sie hat also weder Prozesse verfolgt, Militärgefängnisse besucht oder mit Gefangenen geredet. Ein Mitglied der Kommission hat auch schon auf dem Flugplatz bei der Ankunft erklärt, daß die Türkei ein wichtiges Mitglied im Europarat sei, und man ihr bei der derzeitigen schwierigen Übergangsphase helfen müsse. Wir haben das in der türkischen Presse verfolgt. Diese Untersuchungskommission ist nur ein Sprachrohr der Generäle. Die von uns geforderte unabhängige Kommission soll unsere Behauptungen oder "Vorwürfe", wie es die Presse nennt, untersuchen und einen Bericht über die Folter in der Türkei machen. Zur Bildung dieser Kommission haben sich schon Heinrich Böll, Dorothea Sölle, Manfred Coppik und zwei Mitglieder des demokratischen Juristenverbandes bereit erklärt. Als drittes fordern wir die Einstellung der Militärhilfe durch die Bundesregierung. Aber die Länge des Hungerstreiks machen wir abhängig von der Unterstützung der Untersuchungskommission durch die Bundesregierung.*

DID: Es wird also doch gefoltert in der Türkei. In der westlichen Presse wird das Gegenteil behauptet. So stand in der SZ vom 13.1.81: "Das Obristenregime kommt ohne Folter aus". Es wird ja generell so dargestellt, als wäre die Militärdiktatur ein Weg zur Demokratisierung des Landes. Und der größte Teil der Bevölkerung glaubt das auch. Kannst du uns sagen gegen wen sich nun dieses Regime richtet?

T.: *Das ist eine wichtige Frage. Die Junta selbst verbreitet immer wieder die Demagogie, daß sie gegen den Terror von*

Hungerstreik türkischer Arbeiter und Studenten in München. Da die westdeutschen Staatsorgane den türkischen Faschismus begünstigen, zeigen die Hungerstreikenden ihre Gesichter nicht.

rechts und links ist. Wir Demokraten haben aber bereits vor dem Putsch immer versucht zu entlarven, daß es keinen Terror von rechts und links gibt, sondern nur Terror der grauen Wölfe. Sie haben Massaker durchgeführt in Tozgat und Kütaja und haben auf diese Weise den Boden für den Militärputsch vorbereitet, die Türkei "reif -terrorisiert". Gegen diesen faschistischen Terror mußten sich die Menschen natürlich wehren. Und das haben die Herrschenden als Terror von rechts und links, als Chaos hingestellt. Und die Generäle haben das "Chaos" als Vorwand genommen, um gegen die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen vorzugehen.

Dabei muß man unbedingt die Rolle der Türkeihilfe und des Internationalen Währungsfonds (IWF) berücksichtigen. Von den Ländern im IWF wurde schon lange vor dem Putsch die Türkeihilfe von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht ... Diese Bedingungen hätten weder Ecevit noch die Demirelregierung durchsetzen können.

DID: Welche Bedingungen waren das?

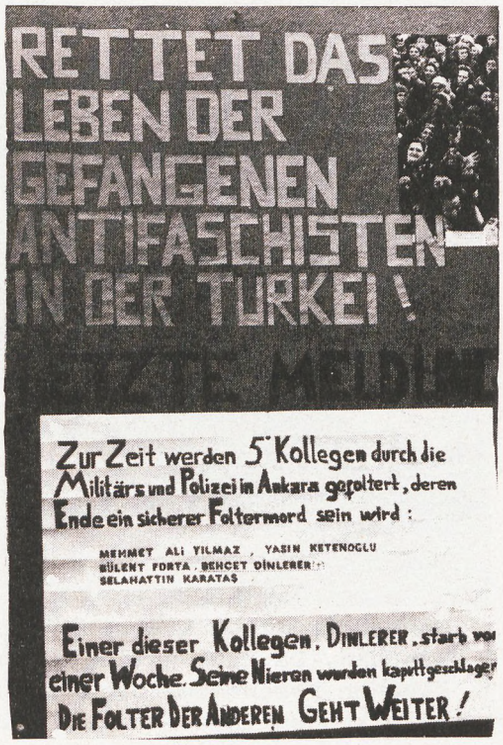
T.: Z.B. die Einfrierung der Löhne. Die internationalen Kapitalisten im IWF nannten dieses Programm "Stabilisierung der Wirtschaft". Weitere Punkte des Programms waren die Abwertung der türkischen Lira. Das bedeutet für die Bevölkerung Preissteigerung und höhere Lebenshaltungskosten, 1980 bis 200%. Für ein Pfund Hackfleisch muß ein Arbeiter momentan einen Tageslohn hinlegen. Für die ausländischen Investoren z.B. für Mannesmann, Siemens, AEG und Daimler Benz bedeutet das Senkung der Löhne und damit der Produktionskosten. Eine stabile Türkei sichert die Interessen der EG im Mittelmehrraum. Dieses Stabilisierungsprogramm durchzuführen, wäre für die vorausgegangenen Regierungen unmöglich gewesen. Sie haben es versucht. Aber diese Versuche sind auf heftigen Widerstand gestoßen z.B. bei den Tarisch-Werken in Izmir. Es mußte also unbedingt ein starker Mann, nämlich die Armee dasein, um dieses Programm zu verwirklichen.

DID: Die Bundesregierung hat schon vor dem Putsch Militärhilfe geleistet in Form von Panzern usw. Die Waffenlieferungen wurden damit begründet, daß die Türkei besonders nach dem Umsturz im Iran ein wichtiges Bollwerk gegen den Osten sei. Demokraten in unserem Land und in der Türkei haben damals schon darauf hingewiesen, daß diese Waffen mit Sicherheit gegen türkische Arbeiter eingesetzt werden. Habt ihr dafür Beweise?

T.: Ja, die 15000 Tarisch-Arbeiter wurden z.B. durch Hubschrauber und speziell ausgebildete Polizeikomandos angegriffen. Dabei wurden G3-Sturmgewehre benutzt, die in der Bundesrepublik hergestellt werden.

DID: Man kann doch sagen, daß die Türkei für das internationale Kapital ein unsicheres Land war. In solchen Fällen haben die Geheimdienste der entsprechenden Länder in der Regel ihre Hand im Spiel. Gibt es Hinweise dafür, daß auch deutsche Stellen z.B. der BND beteiligt waren?

T.: Ja, bei dem Gipfeltreffen von Guadeloupe Ende 1979 wurde offensichtlich der BRD die Rolle des Koordinators in der türkischen Frage zugewiesen. Matthöfer ist nach dieser Konferenz einige Male in die Türkei gereist. Wir haben natürlich keine konkreten Beweise für die Beteiligung der Bundesregierung. Aber drei Tage vor dem Putsch erschien im Handelsblatt ein Artikel, in dem gefordert wurde, daß die Militärs in der Türkei die Macht übernehmen sollten, daß Demirel und Ecevit unfähig seien, das Land zu stabilisieren. Der Putsch war sicher der Bundesregierung vorher



bekannt. Außerdem arbeiten die BRD und die Türkei auf dem Gebit der Terrorbekämpfung bestens zusammen. Gegen Türken, die hier politisch arbeiten wird in der Türkei gleich Haftbefehl erlassen. Es werden auch Antifaschisten an die Junta ausgeliefert. Und schon vor dem Putsch wurden hier türkische Polizisten ausgebildet.

Der Hungerstreik zeigt erste Wirkung:

Nach einer Flut von unwahren, das Militärregime als Ordnungsfaktor im "Chaos links gegen rechts" reinwaschenden Presseberichten, sieht sich die Presse allmählich veranlaßt, wahre Meldungen über die Türkei zu bringen. Es wird endlich auch über die Folter an türkischen Antifaschisten berichtet. Bekanntlich nie so umfassend und parteilich, wie es die Betroffenen selbst tun.
Sie können Informationsmaterial bestellen

-z.B. "Folter in der Türkei"
über: Alternative Türkeihilfe
Kamil Taylan
Ringstraße 10
6 Frankfurt 60

- Türkei - Informationen
z.B. "Graue Wölfe in der BRD"
über: KOMKAR
Westendplatz 34
6 Frankfurt

DID: Da ja in unserer Presse behauptet wird, daß die Junta demokratisch sei, liest man natürlich auch nichts über die Widerstandsbewegung.

T.: Heute unter dem offenen Terror des Militärregimes sind natürlich Massendemonstrationen und Massenstreiks unmöglich. aber Widerstand gibt es doch. Die Generäle mußten selber zugeben, daß nach dem Putsch verstärkt sogenannte "Blitzdemonstrationen stattfanden und Plakate von Widerstandsgruppen in den Großstädten aufgehängt wurden. Außerdem gibt es täglich vor allem in den kurdischen Gebieten bewaffnete Auseinandersetzungen. Das zeigt uns, daß der Widerstand ungebrochen ist und daß die Militärs die Friedhofsruhe nicht herstellen konnten. Schon vor dem Putsch gab es in vielen Städten und Dörfern Widerstandskomitees, denen alle antifaschistischen Menschen, unabhängig von ihrer politischen Überzeugung angehören. Das Leben unter dem faschistischen Terror zwang und zwingt die Menschen sich organisiert gegen die Angriffe zu wehren. Diese Komitees spielen im Widerstand die wichtigste Rolle.

DID: Kannst du sagen, welche Organisationen euch unterstützen?
T.: Das antifaschistische Solidaritätskomitee, dem neun fortschrittliche türkische Organisationen angehören, darunter auch der sozialdemokratische Verein, trägt den Hungerstreik. Über 40 deutsche Organisationen haben sich mit uns solidarisiert, z.B. der SPD Landesvorstand, der GEW-Hauptvorstand, die Münchner Jusos, die evangelische und katholische Studentengemeinde, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD usw.
DID: Wie können euch die deutschen Antifaschisten konkret helfen?
T.: Am besten könnt ihr uns helfen, indem ihr die Bevölkerung über die wahren Vorgänge in der Türkei aufklärt. Weiter solltet ihr die Bundesregierung in Briefen auffordern, die unabhängige Untersuchungskommission zu unterstützen.
DID: Außerdem braucht ihr natürlich materielle Hilfe.

SAUBERE (KUMPANEI-)HILFE

Zwei Monate nach dem blutigen Putsch hat die Bundesregierung zur "Unterstützung der Modernisierung der türkischen Streitkräfte" eine einmalige "Rüstungssonderhilfe" an das faschistische Regime gezahlt:
600 Mio. DM
Begründung: Der NATO-Pakt. Die Bündnispartner müßten sich zur Erhaltung der gemeinsamen Verteidigungskraft gegenseitig helfen.

Nach Mittelbayrische Zeitung, 27.1.81

T.: Ja, es gibt die alternative Türkeihilfe (Jürgen Roth, Deutsche Bank Kontonr. 4012357/01). Mit diesem Geld wird einmal der Widerstand unterstützt und zum anderen die Angehörigen der Verhafteten und Ermordeten versorgt.
DID: Herzlichen Dank für dieses Gespräch und viel Erfolg bei eurem Streik. ■

Für eine alternative „Türkei-Hilfe"

- Mit Wut stellen wir fest, daß seit der Machtübernahme durch die Militärs in der Türkei die Todesstrafe wieder vollstreckt wurde. Von den bisher gefällten 53 Todesurteilen wurden bisher drei vollstreckt.
- Darüber hinaus ist eine erschreckende Zunahme von Folterfällen bekannt. Die vier Foltermorde von den der Öffentlichkeit bekannten elf Fälle sind:
  Gülden Erdem, Lehrerin, nach Festnahme tot aufgefunden in Ankara.
  Z. Abidin Ceylan, Arbeiter, zu Tode gefoltert im Polizeipräsidium in Ankara.
  A. Hikmet Feyzioglu, Rechtsanwalt, zu Tode gefoltert im Polizeipräsidium in Bursa.
  Ilhan Erdost, Verleger, ermordet im größten Militärgefängnis Mamak - Ankara.
- Durch die Todesschüsse hat die Junta 90 Menschen nur im Oktober und 19 Menschen in den ersten sechs Tagen des Novembers ermordet.
- Die Zahl der politischen Gefangenen stieg auf über 100.000 an.

Wir protestieren gegen diese Menschenrechtsverletzungen durch die Militärjunta!
Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche Finanz- und Militär-„Hilfe" an diese Militärjunta einzustellen!

Name	Anschrift (Ort)	Unterschrift

Unterzeichner:
SPD-Abgeordneten: Manfred Coppik, Klaus Kirschner, Klaus Thüsing. Schriftsteller: Jürgen Roth, Günther Wallraff, Gerhard Zwerenz. Kamil Taylan (Journalist-Demokrat), Bernd Hoffmann (ai-Türkei-Koordinator), Tilman Zülch (Gesellschaft für bedrohte Völker), Anna Rheinsberg (Schriftstellerin), Dr. Reinhard Opitz (Publizist), Ruth Pfriem, Klaus Mecking (Verleger), Renate Kirchheim (Sozialwissenschaftlerin), Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Bernd Engelmann (Schriftsteller), Ossip K. Flechtheim, Wolfgang Schulz (Schauspieler), Peter O. Chotjewitz (Schriftsteller), Werner Schlegel (Autor/Publizist), Günter Pabst, AGAV Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren, Horst Bingel (Schriftsteller), ISS Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Klaus Vack (Sekretär des Komitees für Grundrechte und Demokratie), Klaus Traube (Schriftsteller), Horst Bingel (Journalist), Gerhard Schuhmacher (Journalist und Filmemacher), Karola Block, Claus Offe (Professor).

Unterschriftenlisten bitte senden an: Kamil Taylan, Ringelstr. 10, 6000 Frankfurt 60

Solidaritätstelegramm an die türkischen und kurdischen Antifaschisten in München:

Liebe Freunde, Euer Kampf von heute kann unser Kampf von morgen sein. Haltet durch, seid Vorbild! Hoch die internationale Solidarität der Antifaschisten.

Anti-Strauß-Komitee Regensburg

KRIEG UND LEICHEN- IMMER NOCH HOFFNUNG DER REICHEN

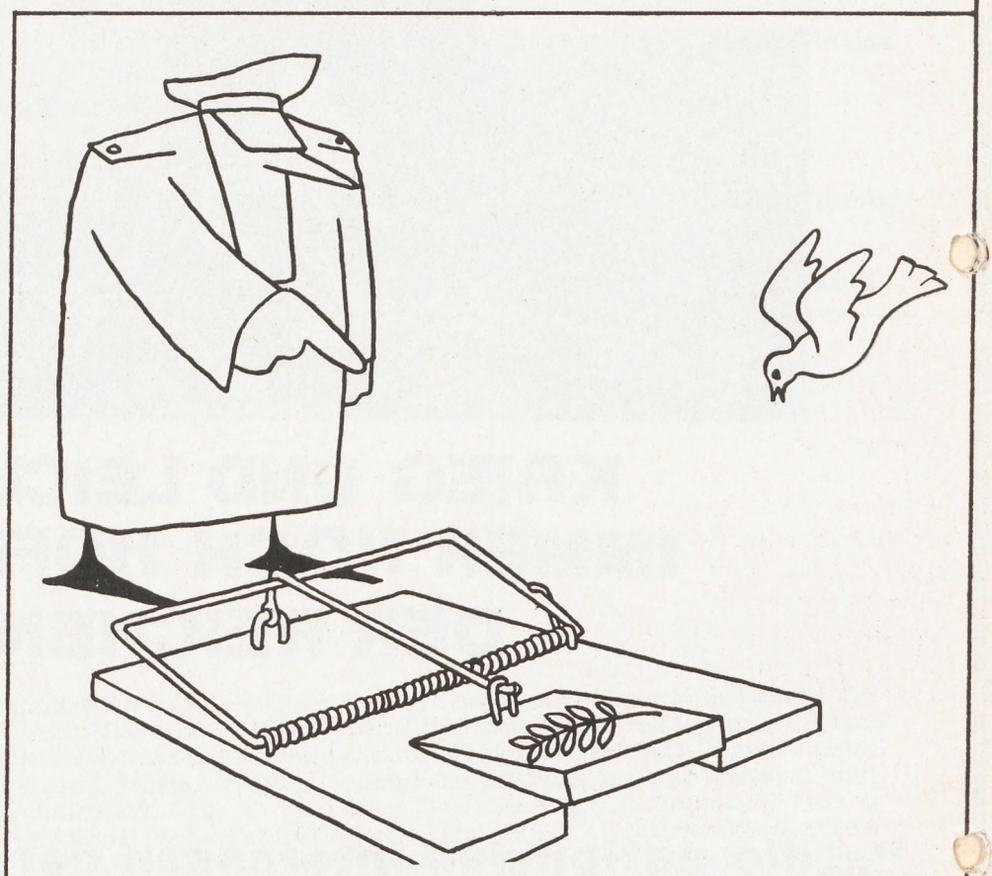
John Heartfield 1932

"...die nationalen Interessen der USA können auch einen Atomschlag notwendig machen."

Laut Münchener Abendzeitung v. 12.1.81 findet der jetzige US-Außenminister Alexander Haig, der am offensten die Politik des neuen amerikanischen Präsidenten Reagan vertritt, daß es für die USA Wichtigeres gebe, als den Frieden: "Die Vermeidung von Konflikten soll nicht mehr oberste Priorität in unserer Außenpolitik haben...","...die nationalen Interessen der USA könnten auch einen Atom-Schlag notwendig machen." Dazu paßt das Statement "auch diktatorische Regime werden unterstützt, wenn dadurch der Einfluß Moskaus gestoppt werden kann."
Dabei drängt sich uns die Schlußfolgerung auf, daß dann offensichtlich die um ihre Befreiung kämpfenden Indios und Ladinos von El Salvador und die vielen anderen in Lateinamerika ihr Leben für die Sowjetunion aufs Spiel setzen...

Nicht trotz dieser Verlautbarungen, sondern gerade deswegen genießt Haig prompt die Sympathie hiesiger Rechtsausleger. Springers"Welt"v.15.1.81 nimmt es den US-Senatoren übel, daß sie "wie die Jäger das Wild" Haig "eingekreist"hätten. Selbstredend findet auch

"BILD", das "unabhängige Blatt des kleinen Mannes", den Watergate-skandalumwitterten und im Indochina-Krieg in der Verwüstung Kambodschas erfahrenen Alexander Haig prima: Schlagzeile vom 15.1.81: "Haig, der schöne General, der die Deutschen mag". Hat er doch ein ausgeprägtes Gefühl für "Macht,Disziplin,Mut, Brillanz der Argumente"... Allerdings, brillant sind seine Argumente mit dem eventuellen Atomschlag wirklich, und vielleicht gehört auch ein gewisser Mut dazu, den potentiellen Opfern einer solchen Atomkatastrophe, der infernalischen Verwüstung durch Druck, Höllengluten und Gammaschauer, solche Argumente vorzusetzen. Die bezeugte Sympathie für Deutsche, zumindest für gewisse, beruht offenbar auf Gegenseitigkeit. F.J. Strauß wird sicher schon kribblig bei dem Gedanken, mit solchen Partnern und Perspektiven nicht in der BRD auf der Kommandobrücke zu stehen. ■



aus "Barras", Soldatenzeitung der DFG/VK

Kriegstreiber entlarven sich

Die Rüstungsindustrie ist drauf und dran, die Gesetzesnormen von 1971 über das Verbot der Lieferung von Rüstungsgütern in Spannungszonen außerhalb des NATO-Bereichs zu durchbrechen. Zur Zeit geht es um Waffenlieferungen an Saudi-Arabien (im Gespräch: Leopard II, das Tieffliegerabwehrsystem Roland,der Flakabwehrpanzer Gepard). Schwierigkeiten macht die äußerst komplizierte Bedienung und Wartung dieser Waffensysteme, die längere Zeit nicht ohne Militärspezialisten aus Deutschland möglich ist. Deutsche Militärberater in einer der brisantesten Zonen der Welt!

Dem Export zweier U-Boote nach Chile hat die Bundesregierung zugestimmt.Außerdem erteilte der Bundessicherheitsrat Liefergenehmigungen für U-Boote nach Indonesien, Peru, Argentinien und Indien. Der SPD-Abgeordnete Thüsing fragte, ob die bisherigen Vereinbarungen (Verbot von Waffenlieferungen in Spannungszonen, keinerlei Unterstützung des verrufenen Militärregimes in Chile und andere Fraktio beschlüsse der SPD) auf e nal nicht mehr gelten.

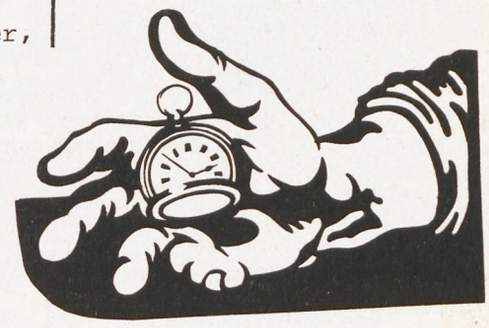
Der SPD-Abgeordnete Holtz verwies auf das Kriegswaffenkontrollgesetz, das der Lieferung der U-Boote entgegenstehe, da Chile sich in einem erbitterten politischen Konflikt mit Argentinien um einige Inseln im Beagle-Kanal befinde. Profitinteressen der Rüstungsindustrie und Einfluß in den belieferten Staaten - darum dreht es sich. Und welche Weltregion ist schon heutzutage kein Krisengebiet? Kuweit und die Vereinigten Emirate am Golf verlangen nach den deutschen Panzern, Schnellbooten und anderem Kriegsgerät, in nächster Nähe kämpfen Iran und Irak seit Monaten. Noch gibt es Mahner, besonnene Parlamentarier erkennen die Gefahren. Erst Rüstungsgeschäft, dann bereits strategische und Rohstoffinteressen, dann Militärberater - eine Kette von zunehmendem "Engagement", und dann ist der Stein ohnehin am Rollen. ■

Ein weiterer Schritt zur Kriegsvorbereitung

Mit dem Zusammenschluß Messerschmitt-Bölkow-Blohm - Vereinigte-Flugzeug-Werke ist die Rüstung wieder fest in deutscher Hand, ein weiterer Schritt des deutschen Imperialismus, sich selbständig zu machen.
Mit dem Zuschlag von VFW an MBB ist ein Rüstungskonzern von internationaler Dimension entstanden: 38.500 Beschäftigte und rd. 4,3 Mrd. DM Umsatz.
Die Schaffung des neuen Rüstungskonzerns ist ein Schritt zur unmittelbaren Kriegsvorbereitung, d.h. es werden Voraussetzungen geschaffen, um in einem Zentralbereich der Rüstung in größter Schnelligkeit und einheitlich, ohne Reibungsverluste, auf volle Kriegsproduktion umstellen zu können.
Wie sehr man um die Schaffung dieser Rüstungsleitstelle bemüht war, zeigen die Hunderte von Millionen Mark, die man springen ließ - aus Steuermitteln natürlich.
Es ist eine Leitstelle für den Krieg geschaffen worden, und der ganze TORNADO-Skandal soll von dieser Sache ablenken.
Die Aufregung um die Kostensteigerung beim Tornado scheint völlig unbegründet, denn seit Jahren sind Kostensteigerungen bekannt. Für die viel beschriene Finanzierungslücke von 1,33 Mrd. im Bundeshaushalt geben die Konzerne eine einfache Erklärung: "Die Produktion läuft besser als geplant, damit werden früher mehr Mittel benötigt und Zahlungen fällig." (FR 6.12.80). Apel will den "industriellen Sachverstand" (!) bei Waffensystemen verstärkt hinzuziehen (FR 19.12.80).

MBB: Die sich verbessernde Gewinnsituation der letzten Jahre ist Hauptsächlich der militärischen Fertigung zu verdanken (Handelsblatt 15.8.80). VFW ist hauptsächlich im wenig profitablen und vom Markt her risikoreichen zivilen Geschäft tätig (Handelsblatt 5.12.80). Da schau her.
"In dem Koordinierungsgespräch wurde seitens der FDP (Staatssekretär des Grafen Lambsdorff, Grüner, FDP, ist als Koordinator für die Luft-und Raumfahrtindustrie zuständig !) einem gesetzesmäßigen Verbot bzw.einer Beschränkung Deutscher an der Herstellung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern im Ausland entschiedener Widerstand entgegengesetzt."
(Wirtschaftswoche 22.8.80)
Übrigens: Eine entsprechende Gesetzesvorlage der SPD liegt seit dem 15.6.66(!!)dem Bundestag vor (Bundesdrucksache V/691). Bei anderen Gesetzen konnte es - man erinnere sich - viel schneller gehen: Notstandsgesetze,Kontaktsperregesetz, 22. Rentenanpassungsgesetz...
"In den letzten Jahren ist es eigentlich nur die Bundesrepublik gewesen, die Jahr für Jahr real um 3% gesteigert hat (den Rüstungshaushalt -d.Red.). Deshalb ist die Bundeswehr auch moderner als die meisten Armeen der Welt!" (Hans Apel,SPD, in "BILD" vom 11.11.80).■

Wichtige Termine



6. März Demonstation gegen Militärregime und Folter in der Türkei (Näheres aus Plakaten und Ankündigungen)

8. März Internationaler Frauentag

ASK-München:
Öffentliche Sitzung jeden Montag um 20 Uhr
Gaststätte "Stadt Salzburg"
Ecke Stein-, Milch-, Sedanstraße
Nähe S-Bahnhof Rosenheimerplatz

ASK-Regensburg:
Öffentliche Sitzung jeden Mittwoch um 19 Uhr
Gaststätte "Gravenreuther" Nähe Haidplatz

Seine Ehre heißt Treue

Brechts "Anachronistischer Zug" versammelte sich am Grabe von Großadmiral Dönitz - so empfand es zu Recht "Die Neue".
Eine Ansammlung von "Alten Kämpfern", die stets darauf beharren, "nur Soldaten gewesen zu sein".
Von Dönitz hieß es gar im TV, er habe 2Mio. Menschen gerettet. Wie war es wirklich?

Wir lassen einen, der unter Dönitz "diente", zu Wort kommen:

"Abgesehen davon, daß ein General als Retter von Menschen nur auf einem absurden Theater darstellbar ist: Auch das ist... eine Geschichtslüge. Zunächst einmal gehört Dönitz zu der Gruppe von Kriegshandwerkern, die bis zuletzt an einen doch noch möglichen Sieg glaubten. U-Bootsbesatzungen opferte er noch 1945, als es dafür keinerlei militärische Rechtfertigung mehr geben konnte. Als der damalige Chef des Generalstabes, Guderian, Anfang Januar 1945 von Hitler forderte, die im Kurland - Baltikum hoffnungslos eingeschlossene Armee zu retten und sie über die Ostsee herauszuholen, widersprach unser Admiralsretter energisch. Die Evakuierung der ostpreußischen Bevölkerung hätte sehr viel früher vorgenommen werden müssen. Zu dem zu späten Zeitpunkt, zu dem Dönitz sich endlich zur Evakuierung bereit fand, war es kein freier Entschluß mehr, sondern von den Russen diktierte Zwangslage.
Wenn wir über Dönitz und die Trauernden sprechen, so sprechen wir von Brutalität, Menschenvernichtung, Barbarei als Resultat von "Nationalgefühl" und Nationalismus..."
(Konkret Febrar 2/81)

Der Führer und sein treuer Vasall: Adolf Hitler setzte Karl Dönitz als seinen Nachfolger ein

Wir nahmen uns die Freiheit, den"moderneren" Sattelkopf, Reserveleutnant der Bundeswehr Ingo Lohmüller ins bessere Licht zu rücken, nämlich vor den Sattelkopf des Anachronistischen Zuges. Lohmüller war einer der Offiziere, die in Bundeswehruniform am Begräbnis von Dönitz teilnahmen. Er salutierte dem Nachfolger Hitlers.Etwas besseres können sich die Kriegstreiber bei uns kaum wünschen. Denn wird dieser Leutnant nicht auch begeistert für sie nach Osten marschieren, um "die deutschen Gebiete heim ins Reich zu holen"?

Vornweg schritt ein Sattelkopf
Und er sang aus vollem Kropf:
"Allons, enfants, god save the king
Und den Dollar, kling, kling, kling."

Die Hoffmann-Leute prügeln und morden weiter

Am Heiligabend 1980 wurde an der deutsch-schweizerischen Grenze der Zöllner Josef Arnold und der Polizist Walter Wehrli von dem westdeutschen Faschisten Frank Schubert kaltblütig "aus der Hüfte, präzis und wie ein unglaublich geübter Schütze" (AZ v. 27./28.1280) erschossen. Schubert befand sich auf Einkaufsreise für Waffen und Munition: etwas 500 Patronen, Pistolen und Werkzeug fanden sich in seinem Gepäck. Bestimmt waren sie für die Arsenale neonazistischer Wehrsportgruppen in der BRD. Schubert gehörte zur sogenannten "Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD) und hatte KOntakte zur Wehrsportgruppe Hoffmann, aus der der Wiesenattentäter Gundolf Köhler hervorging. Fahndung und Ermittlung nach den Neonazis laufen nach der Strauß-Devise "Kasperlfiguren" (Strauß über Hoffmann/aus"metall" v. 12.12.80):
"Wenn jemand Spaß daran hat, am Sonntag mit Rucksack im Kampfanzug mit Koppelschloß durchs Gelände zu spazieren, soll man ihn in Ruhe lassen..." In"Ruhe gelassen" werden also:

Die "VSBD"

Frank Schubert war kein unbeschriebenes Blatt. Zusammen mit dem Neonazi Walter Kexel war er in Frankfurt an Überfällen auf Passanten und antifaschistische Veranstaltungen hervorgetreten. Gegründet wurde die "VSBD" 1971 von ehemaligen NPD-Mitgliedern, denen die Partei zu lasch war (nach PDI-Taschenbuch 6). Ihr Vorsitzender ist Friedhelm Busse aus Neubiberg bei München. Er ist vorbestraft wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz. Zum Jahrestag der "Reichskristallnacht" 1978 erklärte er auf einer Veranstaltung der "VSBD": Hitler sei ein "Politiker auf einsamer Höhe"geweden. "Wenn wir von Europa reden, dann meinen wir das Europa der ersten europäischen Armee, der Armee der Kameraden der Waffen-SS" (nach Pdi-Taschenbuch 6). Die "Reichskristallnacht" sei die"Explosion des deutschen Volkes gegen die jüdische, antideutsche Hetze, gegen die jüdisch-bolschewistische Propaganda" gewesen. F.Busse hatte bereits 1975 auf einer "Herbsttagung" auf Burg Rothenfels Kontakt mit zahlreichen anderen führenden Neonazis, u.a. Hoffmann. Und nicht selten trifft man Busse hier in München auf dem Marienplatz, wo er ungehindert sein Propagandamaterial vertreiben kann.

Friedhelm Busse, Ex-NPD-Funktionär, ist heute Vorsitzender der „Volkssozialistischen Bewegung/Partei der Arbeit".

Ungeschoren bleiben ca. 25 neue Wehrsportgruppen, die teilweise von Hoffmann und seinen Leuten organisiert werden (nach TAT v. 12.12.80). Die "Geländeübungen" der neonazistischen "Wehrsportgruppe Fulda" sind z.B. nicht mehr Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen (SZ, 2.1.81). Wundert's einen da, daß so jemand ein "unglaublich geübter Schütze" war!? Erst im Januar 1980 forderte der hessische Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei,

H. Koppmann, das Verbot der "VSBD". Auf welche Resonanz so eine Forderung stößt, zeigte der Sprecher der Bundesanwaltschaft Hans Piesker: "In der BRD ist...gegenwärtig 'keine terroristische Vereinigung' mit rechtsextremistischer Zielsetzung erkennbar" (SZ, 31.12.80). Dieser Staatsanwalt ist nicht blind, auch nicht auf dem rechten Auge!

Wieviele Tote muß es denn noch geben? Wie lange dürfen die "Hilfstruppen" noch ungehindert politisch und militärisch aufrüsten?

Dr.Gerhard Frey,Heruasgeber der "Nationalzeitung"und Vors. der neofaschistischen "DVU"

Einer der geistigen Ziehväter von Hoffmann, Köhler und Schubert ist der Herausgeber der neonazistischen "Deutschen Nationalzeitung", die in einer Auflage von 100.000 (!) jede Woche erscheint und an fast jedem Kiosk erhältlich ist. Dieser Dr. Gerhard Frey spendierte WSG-Hoffmann eine Geldbusse von 8.000 DM in einem "Akt nationaler Solidarität".

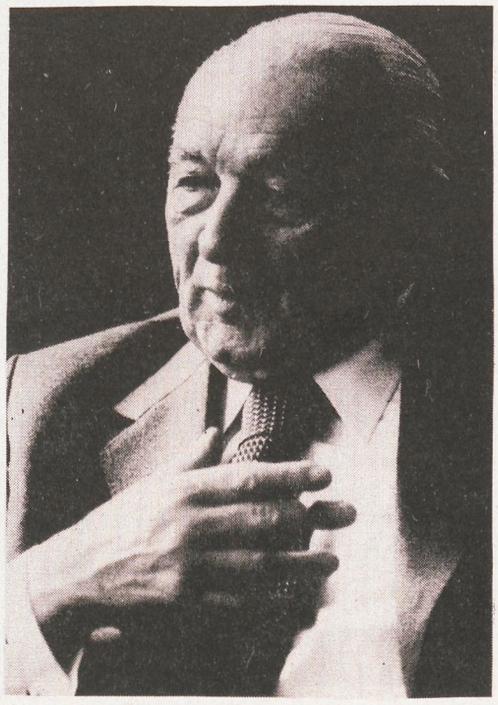
Strauß und Tandler lassen die Faschisten gewähren

Mit einem Riesenaufgebot von Polizei wurde am 22.11.1980 in Augsburg der Bundesparteitag der NPD, aus der auch F.Busse stammt, "geschützt". Die größte antifaschistische Demonstration des DGB in Bayern nach 1945 wurde unter dem üblichen Vorwand "gewalttätiger Störaktionen" zwischen Friedhof und Gefängnis umgeleitet, damit nur ja nicht zu viele Bürger den Protest der Gewerkschafter mitkriegen. Verantwortlich dafür war CSU-Innenminister Gerold Tandler. Als Stimme und ausführendes Organ seines Herrn F.J.Strauß folgte er der Devise von den "Kasperlfiguren", die man in Ruhe lassen solle, ließ zwei Bandenmitglieder der WSG Hoffmann, die vermutlich am Wiesenattentat beteiligt waren, in den Libanon entschlüpfen und sieht gelassen zu, wie die Geldquellen der WSG

Hoffmann munter weiter fließen.

Nicht verboten wurde der "Freundeskreis zur Förderung der Wehrsportgruppe Hoffmann". Auf drei verschiedenen Konten gehen noch immer Gelder für Hoffmann ein. Erster Vorsitzender dieses "Freundeskreises" ist ein Friedrich Heckmann, Druckereibesitzer aus Eberbach, andere Vorstandsmitglieder kommen aus Westberlin und Ingolstadt, und sogar in Österreich ist ein "Bevollmächtgter" vorhanden. Zu den Finanziers der Hoffmann-Bande gehört auch laut Konkret vom November 1980 der Rüstungsfabrikant Diehl aus Nürnberg, der zusammen mit Vertretern der größten Rüstungskonzerne wie Flick, MBB, Rheinmetall, Dornier, Thyssen und Krupp im sogenannten "Arbeitskreis Rüstungswirtschaft" zusammensitzt. Daß die Spendengelder weiter reichlich fließen, beweist auch die Tatsache, daß Hoffmanns "Wohnsitz", das Schloß Ermreuth, ihm weiterhin erhalten geblieben ist.

Versammlungsfreiheit heißt für Leute wie Tandler und Strauß, Neonazis in Ruhe zu lassen, und sogar das "Verbot" der Hoffmann - Bande dient im Grunde nur als schützendes Alibi, diese Verbrecher weiter agieren zu lassen. Versammlungsfreiheit gilt dann nicht mehr, wenn Tandler ihm "links" erscheinende Leute ausmacht: So wurde die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wegen einer Trauerfeier für die Opfer des Wiesenattentats als "verfassungsfeindlich" im monatlichen Verfassungsschutzbericht von Tandlers Innenministerium aufgenommen!

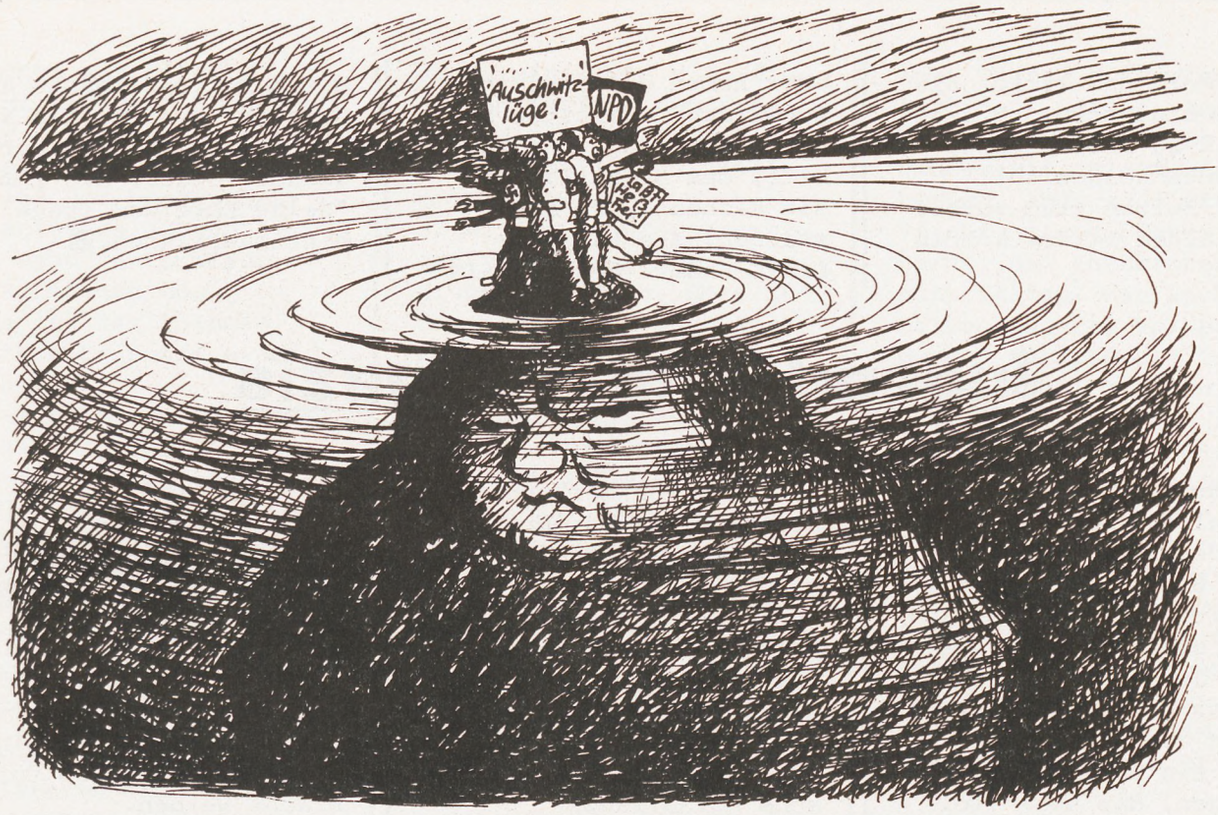


Rüstungsfabrikant Diehl gibt das Geld.

"Geistige Verwandtschaft" und "Reserven der Rechtsradikalen...sind in den etablierten Parteien ebenso zu suchen wie unter den maßgebenden Vertretern der Wirtschaft", sagte Georg Benz, IG-Metall Vorstandsmitglied in seiner Rede in Augsburg. Es hieße, Eulen nach Athen tragen, von den führenden Repräsentanten dieses Staates zu erwarten, daß sie allein, ohne den scharfen Rückenwind der organisierten Demokraten und Antifaschisten, solch ein windelweiches Verbot der Hoffmann-Bande durchsetzten.

"Politische Reaktion und Rechtsradikalismus verbergen sich hinter vielen Fassaden. Es geht nicht nur um die NPD! Deshalb muß endlich Schluß sein mit den Beschwichtigungsversuchen, es gäbe bei uns nur eine in Bruchteilen von Prozenten erfaßte Zahl bekannter Rechtsextremisten. Die Spitze des Eisbergs sagt nichts über seine Größe!" (G.Benz, in seiner Rede am 22.1.80 in Augsburg)

Den Artikel "Die Hoffmann-Leute prügeln und morden weiter" gibt es als Flugblatt. Zu bestellen bei Heinz Jacobi, Martin-Greif-Straße 3 8000 München 2



AUF DER SPITZE DES EISBERGS

Faschistische Mordbilanz

Im August vergangenen Jahres starben nach einem Brandanschlag in Hamburg zwei Vietnamesen. Im September zerfetzte eine Bombe auf dem Münchner Oktoberfest 13 Menschen. Im Dezember werden in Erlangen der jüdische Verleger Shlomo Lewin und die Sozialdemokratin Frieda Poeschke erschossen aufgefunden. Am 24. Dezember erschießt der Neonazi und Waffenschieber Frank Schubert einen Schweizer Grenzpolizisten und einen Zollbeamten.
Eine Reihe von Morden, die auf das Konto rechtsradikaler, faschistischer Kräfte gehen. Und das neunzehnmal in einem Vierteljahr!

Müßig, ob die beiden Morde an Lewin und Poeschke bereits eindeutig geklärt sind oder nicht. Müßig - und zwar deshalb, weil es von untergeordneter Bedeutung ist, ob den Staatsorganen jeweils die Täter bekannt sind, weil sie unter den Toten waren wie in München oder im Fall Schubert, oder ob die Polizei erst noch genügend nach allen vier Windrichtungen hin recherchieren muß. Solange, bis das kurzlebige Gedächtnis einer demokratisch-mediengefütterten Öffentlichkeit auch das vergessen hat oder vielleicht gelernt hat: es geschieht nichts, wenn etwas passiert - oder es passiert nichts, wenn etwas geschehen ist. Wenn's von rechts kommt, notabene! Man denke nur an die Fahndungssaisonen der vergangenen Jahre, als die Jagd auf mutmaßliche Terroristen geprobt wurde. Als MP-bewaffnete Polizisten an jeder Autobahnausfahrt den Sonntagsfamilienausflüglern zeigten, daß der Staat durchaus und wieder in der Lage ist, extrem nach "Extremen" zu fahnden. "Der Rechtsstaat muß Zähne zeigen", so Strauß damals.
Heute signalisieren die Morde, wie sehr sich die Situation in die gewünschte Richtung entwickelt hat. Wie sehr und wie ungehindert die faschistischen Kräfte be-

reits Mord und Terror als Mittel einsetzen, um eine Politik zu propagieren, die heute heißen soll: D i e Zeiten sind vorbei - die alten Zeiten kommen wieder.

Oder haben die fünfzig Schwarzuniformierten bei der Beerdigung von Schubert, dem Neonazi, als sie Racheschwüre ausstießen, die Lage der Dinge anders gesehen als die 5000 Trauergäste am Grab von Dönitz, dem Nazi-Großadmiral und Hitlernachfolger, die ihm "Seine Ehre war Treue" hinterherriefen?■

Jugend und Neonazis

Ende November 80 hatte ich anläßlich eines Seminars des ASK versucht, einen Überblick über die Aktivitäten rechtsradikaler Organisationen, speziell Jugendorganisationen, zu geben. Jetzt, 6 Wochen später, ist bereits ein Ereignis nachzutragen, das sehr viel Aufsehen erregt hat, da es überdeutlich auf die Entschlossenheit der Neonazis hinweist, den "Staat reif zu bomben" um ein Klima für die Durchsetzung ihrer Ziele zu schaffen: Frank Schubert, seit Jahren bekannt als Schläger aus der rechten Szene, Mitglied der VSBD (Volkssozialistische Bewegung Deutschlands) erschießt während einer Waffen-Einkaufsreise an der Schweizer Grenze einen Zöllner und einen Polizisten.
(Siehe auch "Faschistische Mordbilanz)

REFERAT ÜBER ZAHL, ZUNAHME UND AKTIVITÄTEN

I. Anlaß für meine Überlegungen zu diesem Thema war natürlich in erster Linie das Bombenattentat von München, aber auch eine Zunahme von Äußerungen Jugendlicher (beim Flugblattverteilen, während des anachronistischen Zuges, etc.): "geht doch rüber", oder "ihr gehört alle vergast, ihr Kommunisten", die mit einem beängstigenden Haß vorgebracht werden.
Nach Lesen einer Menge von Artikeln, Untersuchungen und Büchern konnte ich übereinstimmende Aussagen feststellen:
1. Die Zahl der Jugendlichen, die sich rechtsradikalen Jugendorgani-

Jung-Nazis der NPD rüsten sich zum Angriff gegen Antifaschisten. Sie tragen Halstücher der PLO, um wie „Linksradikale" auszusehen. Szene nach dem NPD-Aufmarsch am 13. August in Frankfurt. Foto: Scholz

sationen anschließt, steigt ständig. Dazu aus einer Untersuchung von Walter Jaide,1978:
ca. 15% der bundesrepublikanischen Jugendlichen sind "entschiedene" Rechtsextreme.
(Dies ist das hochgerechnete Ergebnis einer Umfrage)
2. Die Zahl von rechtsradikalen Organisationen vergrößert sich ebenfalls. (In der Dokumentation des PDI "rechtsradikale Organisationen" wird eine Zahl von 23 Gruppen angegeben.)
3. Deren Aktivitäten nehmen ständig zu. Die Attentate in verschiedenen Städten waren die spektakulärsten Aktionen. Aber auch in anderen Bereichen läßt sich steigendes Engagement feststellen: z.B.bei einem Verbund von 8 rechtsradikalen Jugendzeitungen, die z.T. kostenlos und in einer Auflagenhöhe um die 10.000 Exemplare an Schulen (NRW) verteilt werden und ihren Lesern nationalsozialistisches Gedankengut u.a. in Comic-Form unterjubeln.

II. Wen sprechen die rechtsradikalen Jugendverbände an?
Aufgrund von Alter, Sozialisation, Interessen etc. kann man "Jugend" nicht als eine Gruppe sehen. Ebenso gibt es auch Differenzierungen bei den verschiedenen rechtsradikalen Gruppen. Zu unterscheiden sind drei Hauptgruppen:
1. Gruppen, die sich nach außen hin als demokratisch bezeichnen, wie z.B. der "Bund heimattreuer Jugend".
2. Vereine, wie z.B. die Jungen Nationaldemokraten, die als ihr Ziel angeben, "politisch arbeiten zu wollen".
3. Militante Gruppierungen, wie die Wehrsportgruppe Hoffmann, über deren Ziele wohl nichts gesagt werden muß.

Auch wenn zwischen den verschiedenen Organisationen differenziert werden muß, gibt es bei allen rechtsradikalen Verbänden gemeinsame Ziele, die nur zum Teil unterschiedlich verfolgt werden:
Bei den einen heißt es "Liebe zum Vaterland", die anderen propagieren ungeschminkt die "Herrenrassen-Ideologie" (Bund heimattreuer Jugend - Wiking Jugend); oder: "Kameradschaft bedeutet mehr als Freundschaft, denn Freundschaft ist im Grunde eine rein private Sache, während Kameradschaft eben etwas ist, was man nutzbar machen kann für die gesamte Weltanschauung und damit für unser Volk, so wie wir es verstehen", und: "...was wir vom Bewerber verlangen, ...sind Wille zum physischen Einsatz und eine gewisse moralische Unbeugsamkeit" (Kühnen - Hoffmann)
Um auf den Punkt zu kommen: in all diesen Verbänden wird den Jugendlichen (laut eigener Aussagen) auf emotionale Weise etwas angeboten, was ihnen verständlich vorkommt, was keine grossen Denkanstrengungen, erfordert, und was meist von Eltern und Umwelt als anstrebenswert empfunden wird: die deutsche Tugend soll wieder gefördert werden: Anständigkeit, Ehrlichkeit, Sauberkeit, Fleiß und Gehorsam. Aber auch die Verehrung von Führerfiguren, das Anerkennen von Autoritäten, das Sauberhalten unseres Volkes. Wessen Sprache das ist, welche Ideologie dahintersteckt, ist wohl kaum allen Mitgliedern der rechten Jugendorganisationen klar, für sie steht - erst einmal-etwas anderes im Vordergrund:"...daß die Handlungs- und Orientierungsangebote rechtsextremer Gruppen Bedürfnissen entgegenkommen, auf die unsere Gesellschaft offenbar nicht hinreichend zu antworten weiß: der Wunsch nach Leitbildern, nach gesellschaftlichen Idealen und Vorbildern, das Bedürfnis nach festen Orientierungspunkten und eindeutigen Handlungsmustern, nach Gemeinschaft und emotionaler Geborgenheit. Das Bewußtsein dieser Jugendlichen, angesichts von Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und Ausbildungsmisere überflüssig und perspektivlos zu sein, wendet sich, da ein Weg für sie nach vorn nicht erkennbar ist, historisch rückwärts, in die faschistische Vergangenheit. Dort sucht sie sich Identifikationsmuster, mit denen Ohnmachts- und Zukunftsängste kompensiert werden können."
(Ullrich-Hadeler/Ullrich, 1979)

Zu Neonazis geworden, weil ihnen die gesellschaftliche Umwelt keine Perspektive und Geborgenheit bietet?
Foto: „tat"

III. Aufklärung über Nationalsozialismus und Neofaschismus
Auseinandersetzung mit diesem Thema findet in der Schule und im Elternhaus - wenn überhaupt - nur unzureichend statt. In der Jugendarbeit finden sich vermehrt Ansätze, über dieses Kapitel aufzuklären. Doch diese Versuche müssen scheitern, wenn sie sich darauf beschränken, historische Fakten zu nennen, oder, bezogen auf die Gegenwart, zu lamentieren, daß immer mehr Neonazis auftauchen. Die Erwähnung der Fakten allein muß unverständlich bleiben, wenn nicht die eigenen existentiellen Probleme der Jugendlichen angesprochen werden und aufgezeigt wird, wo Zusammenhänge zwischen diesen eigenen Problemen und einer Orientierung an rechtsextremen Ideen bestehen könnten.
Abschließend: neben den rechtsradikalen Gruppen, die sich hier organisiert haben, darf nicht übersehen werden, daß in vielen anderen Ländern eine ähnliche Entwicklung zu beobachten ist: England, Frankreich, Italien, Spanien, Österreich, Belgien, USA, überall schließen sich Faschisten zusammen, in der Türkei, in Chile sind sie an der Macht, wie weit sind die Militärdiktatoren von Argentinien, San Salvador vom Faschismus entfernt? Gibt es einen "Eurofaschismus"? Und kann man noch eine Meinung vertreten wie Simon Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums, der auf die Frage, ob man eine andere Gangart gegenüber Neonazis einschlagen sollte, antwortete: "Nein, vor allem nicht verbieten. Ich bin gegen Verbote. Man darf Leute nicht in den Untergrund drängen". (ZEIT, 21. Oktober 80) ■

Betriebsratswahlen 81

In diesem Frühjahr werden in den Betrieben der BRD neue Betriebsräte gewählt. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Mobil machen nicht nur die DGB-Gewerkschafter, mobil machen auch die "christlichen Kollegen" (sprich CDU/CSU-Mitglieder). Im „Manuskript zur Betriebsgruppenarbeit" von 1979 sprechen die Sozialausschüsse der Christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft klar aus, um was es ihnen geht: Sie bauen im Betrieb eigene Gruppen auf, die ihre Politik tragen und mehr oder weniger offen verbreiten sollen. Dies bis hinein in die bestehenden betrieblichen und gewerkschaftlichen Organe z.B. den Betriebsrat, Vertrauensleutekörper etc. Wir zitieren aus dem "Manuskript...":

- *Betriebsgruppen sind keine Betriebsfamilien und kein Selbstzweck.*
- *Sie sind Voraussetzung und Mittel zum Zweck.*
- *Die Erringung betrieblicher und gewerkschaftlicher Positionen ist eine der Hauptaufgaben einer Betriebsgruppe.*
- *Die Bedeutung von Vertrauensleuten, Gewerkschaftsdelegierten, Betriebsräten und all ihrer Führungsorgane kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.*
- *Sie sind die großen Meinungsmacher, das Herzstück, die zentrale Schaltstelle ist der Betriebs- bzw. der Personalrat.*
- *Die Stoßrichtung unserer Sammlungsbewegung und Betriebsgruppenarbeit gilt dieser Schaltstelle in Betrieb und Verwaltung.*(1)

Kekskönig mit christlichem Arbeitnehmer. (Albrecht, ehemals Bahlsen, CDU; Blüm, CDA, CDU)

SAMMLUNGSBEWEGUNG

Die Sammlungsbewegung, von der die Christlich-Demokratische-Arbeitnehmerschaft (CDA) hier spricht, das ist die "Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes", die Strauß auf dem Nürnberger CSU-Parteitag 1970 beschwor und zu deren Stärkung und Ausrichtung auf den "Führer des Rechtskartells" (Strauß über Strauß, Parteitag 1970) das Wahljahr 1980 in fast allen gesellschaftlichen Bereichen weidlich genutzt wurde. Die Betriebsratswahlen sollen die unmittelbare Fortsetzung dieser Bewegung in die Betriebe hinein ermöglichen. Norbert Blüm, der Vorsitzende der CDA, verkündete vor den Bundestagswahlen auf der CDA-Bundeskonferenz für Betriebs- und Personalräte:

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft wird ohne Wenn und Aber mit Franz Josef Strauß in den Wahlkampf ziehen.(2)

Es gibt keine Anzeichen, daß er diese Richtung verlassen sollte. Wieso auch?!

- *Seit Jahrzehnten arbeitet die SPD mit Betriebsgruppen. (...)*
- *CDU muß nachziehen - verliert sonst langfristig die politische Schlacht in Betrieb und Verwaltung.*
- *Diese Macht einzuschränken und durch Gegenmacht zu neutralisieren, ist eine weitere wichtige Aufgabe der christlich sozialen Betriebsgruppen.*(1)

Die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten wird zur Nebensache. Denn es gibt höhere Ziele: *Die Abwehr der Radikalen in Betrieb und Verwaltung ist eine gemeinsame Aufgabe aller Demokraten.*

- *Die gegenwärtige Lage begünstigt die Wühlarbeit der radikalen Gruppen in Betrieb und Verwaltung.*
- *Sie wachsen und nehmen an Zahl zu.*
- *jährlich 100 Mio DM werden von der DDR und der Sowjetunion für diese radikalen Kräfte aufgewendet, um die Gewerkschaften und Großbetriebe zu unterwandern.*
- *Die innerbetriebliche Abwehr dieser Kräfte ist nur möglich, durch die Zusammenarbeit von CDA- und SPD-Betriebsgruppen.*
- *Wer den Marsch durch die Institutionen die-*

ser Kräfte im Betrieb verhindern will, muß sich gegen sie organisieren.

- *Wir müssen diese Abwehrfront durch eigene Betriebsgruppen stärken und das Bündnis mit allen Demokraten suchen.*(1)

*) Einer der Sprüche eines im CDA-Blättchen vorgeführten Musterexemplars von CDA-Betriebsrat. Theo Willemsen vom Bau ließ sich für diese Reportage offenbar im menschenleeren Betriebsratsbureau ablichten.

"RADIKALE"

Wer sind nun die Radikalen, gegen die vorzugehen jedes Mittel recht ist? *Um es in einem Beispiel zu sagen, wir müssen auftreten gegen solche Kräfte, die den Betrieb und die Verwaltung nicht als eine Stätte ansehen, in dem soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen und durch ihre Arbeit der Wohlstand aller zu mehren ist, sondern deren Ziel es ist, den Betrieb und die Verwaltung umzufunktionieren in eine Zelle, einen Stoßtrupp gegen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat.* (1)

Dieses Wunderwerk hat zwar noch keine radikale Kraft vollbracht, aber hier geht es ja auch nicht um realistische Aussagen, sondern um die Kennzeichnung des Feindes: Jeder, der den Betrieb nicht liebt als Stätte der Gerechtigkeit und der Mehrung des Wohlstands aller! Solcherart ordnungspolitische Vorstellungen öffnen den Kreis der Angesprochenen von rückschrittlichen Kollegen, die der "christlichen" Demagogie aufsitzen, bis hin zu offen neonazistischen Kreisen, die nach einer Neuauflage des "Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit:: (vom 20.1.34) rufen:

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. 1. 1934

§1

Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat. (3)

STOIBER-PLANSPIEL

Die Frage erübrigt sich, ob derart gewerkschaftsfeindliche Politik allein den Unternehmern aller Größenordnungen nützt. So soll die Umsetzung der "Stoiber-Papiere" aussehen, die ab 1979 mit Recht große Empörung in den Gewerkschaften hervorriefen. Planspielartige Überlegungen, die Herr Stoiber darin anstellte, hatten zum Ziel, den besten Weg zur Entmachtung und Zerschlagung der Einheitsgewerkschaften zu finden: von der Unterwanderung, Fraktionierung über die Förderung eigener (christlicher!) Gewerkschaften bis zur Errichtung von Arbeitskammern (nach dem Vorbild der faschistischen deutschen Arbeitsfront) (siehe auch DID-Extra: Strauß Gewerkschaftsfeind Nr.1). Daß es sich hierbei um ein 'Langzeit-Kampfprogramm' handelt, erklären sowohl die "Stoiber-Papiere" als auch die CDA deutlich:

Aus dem bisher gesagten geht zwingend hervor, daß sowohl die Sammlungsbewegung als auch die Betriebsgruppenarbeit an sich eine ständige Aufgabe und keine einmalige Aktion ist.

Alle Maßnahmen sind auf lange Sicht zu planen. Kurzfristig lassen sich keine Erfolge erzielen.(1)

Die kommenden Betriebsratswahlen sind nur eine, aber eine sehr wichtige Station für die Entwicklung der "Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes" auf Betriebsebene. Jedes Proporz-Denken bei der Kandidatenaufstellung zur gewerkschaftlichen Einheitsliste, jede Rücksicht auf die "christlichen Kollegen", jeder 'sichere' Listenplatz für sie stützt, ob die Gewerkschafter und Kollegen das wollen oder nicht, die Strauß'sche Sammlungsbewegung, gewährt ihr ein fast unmerkliches Einschleichen in zentrale Organe der kämpferischen Interessenvertretung auf Betriebsebene. Wenn die "Christlichen" schon unbedingt den notwendigen, und wahrscheinlich härter werdenden Kampf der Kollegen sabotieren wollen, dann sollen sie gefälligst auf eigenen Listen, für jeden Kollegen erkennbar, mit eigener deutlicher Zielsetzung sich den Belegschaften zur Wahl stellen.

Auf die besten Listenplätze der gewerkschaftlichen Einheitslisten gehören aber

- Gewerkschafter, die für die Rechte der Arbeiter und Angestellten kämpfen wollen,
- Antifaschisten, die aktiv gegen die Reaktion im Betrieb auftreten, die sich z.B. gegen die Kündigungen von Kollegen wegen Anti-Strauß-Plaketten eingesetzt haben,
- Kollegen, die im Interesse aller arbeitenden Menschen in Stadt und Land gegen Strauß und Faschismus sind.

Das Motto der diesjährigen Betriebsratswahlen kann nur heißen:
EINIG GEGEN RECHTS !

Quellen:

(1) Manuskript zur Betriebsgruppenarbeit, von Heinz-Adolf Hörsken, Königswinter, den 27.4.79, Herausgeber: CDA-Sozialausschüsse
(2) Betriebs-Information Nr. 61/1980 der CDA-Sozialausschüsse
(3) aus: Strauß - Gewerkschaftsfeind Nr. 1, DID-Sonderausgabe, S. 25 ■

Bei den Betriebsratswahlen 1978 bei VW in Wolfsburg gab es neben der Spalterliste des CMV (Christlicher Metallarbeiterverband, dem CGB angegliedert) eine weitere mit dem Namen: "Unabhängige Automobilarbeiter im Deutschen Arbeitnehmerverband (DAV)". Auf Platz 1 dieser Liste kandidierte der CDU-Abgeordnete im Gifhorner Kreistag, Edwin Lempke, auf Platz 2 Kurt Stuhlemmer, der bei der Wolfsburger Kommunalwahl 1972 für die NPD kandidiert hatte. Weiter kandidierten auf der DAV-Liste die NPD-Leute Erika Kern und Ulrich Liss, die bei der Kommunalwahl '76 in Wolfsburg für die NPD kandidiert hatten. Daß dies alles von der CDA nicht nur gebilligt, sondern unterstützt wurde, zeigt die Tatsache, daß der Spitzenkandidat Lempke auf einer Wahlanzeige des DAV zur Betriebsratswahl händeschüttelnd und im Gespräch mit Niedersachsens CDU-Ministerpräsidenten Albrecht während der CDA-Betriebsrätekonferenz zu sehen war.
(aus: Kommunistische Arbeiterzeitung Nr. 193, Seite 5)

"Gesinnungsterror durch Meinungsfreiheit"

Christine Schanderl will die Bestimmung der Schulordnung, die zu ihrem vom Verwaltungsgericht in Regensburg wieder aufgehobenen Schulausschluß geführt hat, nun vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt haben. Während die Opposition diese Ansicht teilte, beantragte die CSU eine Abweisung der Klage. Trotzdem beteiligt sich der Landtag aber am Verfahren und haben Verwaltungsrichter auch die Schulstrafe aufgehoben, die vom Münchner Klenze-Gymnasium auf der Grundlage der ASchO gegen die Schülerin Dagmar Henn wegen des Tragens einer Anti-Strauß-Plakette in der Schule verhängt worden war.

"Gesinnungsterror durch Meinungsfreiheit" - Dieses geradezu perverse Fazit zieht ein Lehrer nach dem Urteil, das Christine Schanderl Recht gab mit ihrer Meinung, auch und gerade in der Schule müsse es selbstverständlich sein, seine politische Meinung in Form der Stoppt Strauß Plakette offen zu vertreten. Dieser Lehrer schrieb in der Zeitung des Philologenverbandes "Das Gymnasium in Bayern", Nr.11 Jg.80. Auch der Artikel ein paar Seiten weiter "Soll die Schule ver schanderlt werden?" benutzt eine Beweisführung, die bereits bekannt ist als die der Lehrer von Christines Schule, die für den Ausschluß der Schülerin stimmten.
Das Gericht entschied: Durch die Anwendung der besagten §§ der ASchO stellten sich jene Lehrer von Christines Schule außerhalb der Verfassung. Und das Heer der Gleichgesinnten (s.o.) ebenfalls. Das können sie nicht verwinden. Ihre eigene Schande wurde durch den Sieg der kleinen Schülerin Schanderl offenbar: Die Schülerin verteidigt allein die Verfassung, die Mehrheit ihrer Lehrer tat das Gegenteil. Wie unerträglich muß es für sie sein, Christine Schanderl an ihre alte Schule, unter ihre alten Klassenkameraden zurückkehren zu sehen, ihr im Unterricht gegenüberzustehen!
Also muß ein Gesetz her, das die als unrechtmäßig aufgedeckten Zustände wieder "rechtmäßig" werden läßt, welches legalisiert, daß man sich über die Verfassung hinwegsetzt oder daß sie einem gleichgültig sein kann. Ein Gesetz, das weit über die etwa im Soldatengesetz verfügten Grundrechtseinschränkungen hinausgeht und politische Aktivität bis hin zur Unterhaltung im Lehrerzimmer und Schulkorridor verbietet. (So der Entwurf der CSU) Vehement wird hier der scheinbar politikfreie Freiraum Schule (in Gedanken auch Betrieb und Kaserne) verteidigt und dabei in der Regel bewußt übersehen, daß dieser sog. Freiraum ganz offiziell über das KuMi, d.h. CSU, über die im Sinne der Reaktion gehandhabten Berufsverbote von reaktionärer Politik unter mehr oder weniger gelungenem neutralem Mäntelchen durchtränkt ist.
Der unbeirrbare demokratische Sinn von Christine Schanderl wirft ein Schlaglicht auf die Zustände in den Lehrerzimmern, dem KuMi, dem Landtag.
Um die hundert Lehrer haben zu diesen Ungeheuerlichkeiten nicht geschwiegen, sie wandten sich in einem offenen Brief gegen den Ausschluß und gegen die durch die Auslegung der ASchO vorgenommene Rechtsbeugung. All die anderen Lehrer,

„Was werden Sie machen, wenn ich behaupte, es heißt: „Stoppt Strauß"?

die bisher geschwiegen haben, können sich ihrer demokratischen Verpflichtung nicht länger entziehen. Insbesondere, da mit dem geplanten Schulgesetz eine derart umfassende, unerträgliche Einschränkung der Meinungsfreiheit an den Schulen droht.
Bisher kursieren in den Landtagsfraktionen Entwürfe zu diesem Gesetz.
Wir meinen: In der Schule muß der Meinung der Demokraten, wie z.B. Christine Schanderl Freiheit gegeben werden, und nicht der Meinung etwa eines Ministerpräsidenten Strauß, KuMi Maier etc., die noch stets sog. Freiräume so behandelten, daß sie frei von jeder anderen Meinung außer der ihren waren.

CHRISTINE SCHANDERL, Regensburger Gymnasiastin, die wegen Tragens einer „Stoppt-Strauß"-Plakette die Schule nicht mehr besuchen darf, obwohl das Verwaltungsgericht ihr recht gab, wurde am Wochenende von den niedersächsischen Jungdemokraten mit dem „Radikalenpreis 1981" geehrt. Die Landesdelegiertenkonferenz des liberalen Jugendverbandes begründete den Beschluß damit, daß Christine Schanderl den Kampf für das Recht auf freie Meinungsäußerung höhergestellt habe als die eigenen Berufsaussichten. Der Preis ist mit einer Geldgabe verbunden, die der Schülerin helfen soll, die Prozeßkosten zu bestreiten. Zur Dotierung trug auch der niedersächsische FDP-Landesvorsitzende Heinrich Jürgens mit einer Spende bei. FR 22.1.81

Zweiter Fall:
Entlassung wegen Stoppt-Strauß-Plakette am 5.1.81 (!)

Ulrich Schliz, Betriebs- und Maschinenschlosser wurde von der Firma Schott Jenaer Glas in Mainz vom Dienst suspendiert und ist so gut wie entlassen. Zu seiner Presseerklärung schreibt er:

"Seit dem Juli 1980 trage ich diese Plakette am Arbeitsplatz. Ich habe deswegen nie mit irgendjemand Schwierigkeiten gehabt, außer mit den Vertretern der Geschäftsleitung oder dieser selbst. Einige Zeit nachdem ich die Plakette angesteckt hatte, stellte die Geschäftsleitung an den Betriebsrat das Ansinnen, in einer gemeinsamen Betriebsvereinbarung das Tragen von solchen Plaketten im Betrieb zu verbieten. Dieses lehnte der Betriebsrat selbstverständlich ab.
Da für mich die Aktualität der Person und erst recht des Programmes Strauß nach der Wahl noch lange nicht erledigt ist, auch im Hinblick auf die Auseinandersetzungen wegen anderer Entlassungen in der BRD aus dem selben Grund, nahm ich die Plakette auch nach dem 5. Oktober nicht ab."
Ulrich Schliz ist Vertrauensmann der IG CPK (Chemie, Papier, Keramik) und macht der Geschäftsleitung gegenüber den Mund auf.
Aber er sieht dies nicht als Hauptgrund für seine Entlassung an:
"Dieser Vorgang ist im Zusammenhang mit anderen Entlassungen aus demselben Grund in der BRD zu sehen und erst Recht im Zusammenhang mit dem Kampf um unsere demokratischen Rechte.
Es ist für die Vertreter des Kapitals gerade in dieser Zeit von ebenso wichtiger Bedeutung, wie für uns Arbeiter und Angestellte, inwieweit wir Arbeiter und Angestellten uns den Mund verbieten lassen und inwieweit wir Arbeiter und Angestellte uns gerade am Arbeitsplatz und gerade in politischer Hinsicht über unsere Lage klar werden.
Das Kapital und seine politischen, wie wirtschaftlichen Vertreter haben in dieser Zeit - gerade jetzt - ein großes Interesse, in der BRD ein Klima des Untertanentums, politischer Engbrüstigkeit und der Einschüchterung nach guter alter Tradition zu schaffen. Ich meine sogar, dazu sind sie fest entschlossen.
Was das für uns Arbeiter und Angestellte bedeutet ist schon bereits im Gange: Weiterer Abbau demokratischer Rechte, Abbau sozialer Errungenschaften, die die Arbeiter erkämpft haben, und Lohnabbau.
Dieses ist auch im Zusammenhang mit der ohne Zweifel erheblich gewachsenen Kriegsgefahr zu sehen, die nicht nur aus dem Ausland kommt.
(...) Jeder Demokrat muß hier einschreiten.
Das Unrecht und die Katastrophe von der schon einmal hinterher soviele nichts gewußt haben wollen, hat sonst durchaus eine Chance, von der es auch damals hieß - NIE WIEDER!"
Das Anti-Strauß-Komitee bekundet Ulrich Schliz volle Solidarität.
Die Adresse des Kollegen:
Ulrich Schliz
Wallaustr. 82
6500 Mainz ■

Ein Lehrer soll...

".. den Schülern Grundwerte und Wissen vermitteln, sie dadurch zur eigenen, unvoreingenommenen Meinungsbildung instandsetzen und anleiten, jedoch nicht einseitig und voreingenommen indoktrinieren." (Allgemeine Schulordnung)

Regierung von Schwaben fordert berufsverbot für:

Lehrerin: Maria Scheerer

Mitarbeit in der "Demokratischen Front"
Mitarbeit in der "Augsburger Initiative gegen Berufsverbote" (Sie stört es nicht, daß auch Kommunisten in diesen Initiativen für Demokratie kämpfen.)

Politische Zielsetzung:

Für demokratische Rechte (speziell Art. 5 Abs.1 Satz 1 GG)

Folgende Aussagen hält sie für richtig:

"Die Berufsverbote im öffentlichen Dienst haben die gleiche Funktion wie die Berufsverbote für engagierte Kollegen im Betrieb: Politisches Engagement und Organisierung in fortschrittlichen Organisationen sollen durch gezielte Einschüchterung verhindert werden."

Unterrichtsmethoden:

z.B. zur Thematik Verfassungstreue, Einstellungspraxis:
Sie würde die Schüler anhand von Zeitungsausschnitten, Ablehnungsbescheiden der Regierung von Schwaben und - wenn möglich - auch eines Besuches einer Gerichtsverhandlung mit der besagten Thematik bekanntmachen und sie dann mit ihnen erörtern.

Urteil: (der Regierung von Schwaben)

Aus Gründen der mangelnden "Charakterlichen" Eignung wird Maria Scheerer nicht in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen.

BERUFSVERBOT

(Information aus der Presseerklärung)

Demokraten fordern Berufsverbot für:

Lehrer: M.Pilavci

Unterricht in der Volksschule Neufahrn b. Freising (türkische muttersprachliche Klassen)
Vorsitzender des "Türkischen Idealistenvereins" (in diesem Verein haben sich die ehemaligen Mitglieder der faschistischen "Grauen Wölfe" organisiert).
Ehemaliger Kandidat der MHP ("Partei der Nationalen Bewegung", verbotene faschistische Partei)

Politische Zielsetzung:
Terror, Unterdrucksetzen andersdenkender Türken

Er hält es für richtig:

Juden- und Fremdenhaß zu schüren, seine Schüler im Sinne der MHP zu indoktrinieren.

Unterrichtsmethoden:

z.B. Schüler zu schlagen, um die von ihm gewünschte Disziplinierung herzustellen.

Urteil: (des bayerischen Kultusministeriums)

KEIN BERUFSVERBOT

Information aus SZ

kurzmeldungen

NACHRICHTEN AUS DER "SAMMLUNGSBEWEGUNG ZUR RETTUNG DES VATERLANDES"

Gerold Tandler schrieb seiseinerzeit als CSU-Generalsekretär einen schriftlichen Dank an Prälat Emil Janik für dessen 40-jährige Arbeit als Chefredakteur des "Passauer Bistumsblatts". Tandler: Der Geistliche habe auch im "Dritten Reich" den Gläubigen "wirkliche Lebenshilfe gegeben". In einem "Heil Hitler" gezeichneten Brief hatte Janik am 24.8. 1940 geschrieben: "Jedenfalls ...wird auch in Zukunft die Zielsetzung des "Passauer Bistumsblatts" sein, mit seinen Veröffentlichungen vom Religiösen her einen wertvollen Beitrag für die Größe der deutschen Nation und für den siegreichen Ausgang des weltgeschichtlichen Ringens zu leisten." (nach Stern)

Strafe. Drei Neonazis hatten 24 Stunden nach dem Sprengstoffattentat von München einen Brandanschlag auf ein ländliches Anwesen verübt, um „Linken einen Denkzettel" zu verpassen. Dabei entgingen ein junges Ehepaar und dessen kleiner Sohn knapp dem Tod (STERN Nr. 42/1980: »Brandsatz vom Briefträger«). Jetzt hat das Landgericht Detmold die Attentäter Josef Böhle, 25, Manfred Linnenbrügger, 25 und Helmut Pauquot, 26, zu jeweils 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Ex-NPD-Mitgliedern mochte Richter Wolfgang Dette eine Bewährungsfrist nicht zubilligen: „Extremistischen Gewalttaten kann man nur mit harten Strafen begegnen."

DIE APOKALYPSE DES PROF. ROHRMOSER

An die hundert CSU-Mandats- und "Würdenträger" der unterfränkischen CSU hatten sich unter Vorsitz des Staatssekretärs im bayerischen Finanzministerium, Albert Meyer, versammelt, um eine "ethische" Ausrichtung über sich ergehen zu lassen. Meyer postulierte, daß Rohrmoser sie "an die Quellen unserer politischen Motivation zurückführen" solle. Unter Beifall sprach Rohrmoser von einem "bewundernswertenm mutigen, intelligenten Wahlkampf als Einzelkämpfer" von Strauß. Niemand widersprach Rohrmosers apokalyptischer Vorstellung: "Dann wird die Bundesrepublik das Schicksal Weimars in ganz anderer Form erleiden müssen". Nämlich dann wenn man immer soviel soziale Sicherheit fordere. (nach Münchner Merkur vom 12.1.1981)

STAATSANWALT FINDET KEINEN GRUND FÜR ERMITTLUNGEN GEGEN NPD

Wegen VErdachts der Volksverhetzung wurden aufgrund von Strafanzeigen Ermittlungsverfahren gegen verantwortliche Herausgeber von NPD-Plakaten geführt, mit denen ausländerfeindliche Parolen Verbreitung fanden. Von der NPD waren u.a. Wahlplakate mit folgendem Text herausgegeben worden: "Jetzt Ausländerstopp! Für das Überleben des deutschen Volkes. NPD Deutschland den Deutschen". Von der Staatsanwaltschaft Stuttgart wurden die Ermittlungsverfahren eingestellt. Begründung: es sei weder zum Haß, noch zur Gewalt gegen die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer aufgefordert worden. Auch fehle es "an einem Angriff auf die Menschenwürde". Die "Wahlpropaganda" halte sich im "Rahmen des verfassungsmäßig geschützten Rechts auf freie Meinungsäußerung". Kein Wunder, schließlich hört man von der CSU/CDU nicht unähnliche Töne, (nach *tat* vom 9.1.81)

RECHTSEXTREMES "DEUTSCHLAND-MAGAZIN" AN BAYERNS SCHULEN

Rechtsextreme Propagandaschriften, wie das "Deutschland-Magazin" des ehemaligen Nazipropagandisten und Strauß-Freundes Kurt Ziesel, werden an bayrischen Schulen verteilt. Darauf verwies Dietmar Franke in einer Anfrage an die bayrische CSU-Regierung. Das Tragen politischer Meinungsplaketten wie "Stoppt Strauß" aber soll nach dem Willen der CSU gesetzlich verboten werden. Strauß und Löwental sind mit die häufigsten Kolumnisten in diesem Magazin. (aus *tat* vom 5.12.80)

NÜRNBERGER POLIZEIPRÄSIDENT ZEIGT STUDENTENPFARRER AN

Wegen eines Offenen Briefes, den Studentenpfarrer J. Friedrich und zwei Mitglieder der evangelischen Studentengemeinde am 12.10.80 an Polizeipräsident Kraus nach einer NPD-Kundgebung geschrieben haben, hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren "im öffentlichen Interesse" wegen "übler Nachrede" eingeleitet. Pfarrer Friedrichs hatte kritisiert, daß die Polizei unter den Antifaschisten ein Klima der Angst erzeugte, "indem polizeiliche Greiftrupps aus der Menge der Gegendemonstranten Teilnehmer regelrecht herauspflückten, teilweise mit brutaler Gewalt".
(SZ vom 19.12.80)

Ältere Ausgaben des DID's bei untenstehender Adresse erhältlich.

Rechtsextremes „Deutschland-Magazin" an Bayerns Schulen

Rechtsextreme Propagandaschriften, wie das „Deutschland-Magazin" des ehemaligen Nazipropagandisten und Strauß-Freundes Kurt Ziesel, werden an bayrischen Schulen verteilt. Darauf verwies Dietmar Franke in einer Anfrage an die bayrische CSU-Regierung. Das Tragen politischer Meinungsplaketten wie „Stoppt Strauß" aber soll nach dem Willen der CSU gesetzlich verboten werden.

nach TAT

NAZI-TERROR GEGEN JUDEN

Ein 27-jähriger Jude in Garching bei München wurde von Neonazis bedroht. Sie ritzten in seine Wohnungstür ein Hakenkreuz. Der Automechaniker sagte dazu: "Ich habe Angst, daß als nächstes eine Bombe vor meiner Tür liegt."
(nach Münchner Abendzeitung vom 16.1.81)

WARNUNG

Früher traten sie als C.A.R.P. auf ("Feldzug gegen den Kommunismus"), oder als Moon-Sekte (inzwischen sehr in Verruf geraten wegen zweifelhafter Methoden bei der Behandlung der Mitglieder), oder als Vereinigungskirche. S. auch DID Jan.1976. Heute haben sie nicht nur das Hemd gewechselt, sondern sich auch noch mit dem Mäntelchen christlicher Nächstenliebe verhüllt: Die "Christliche Nachbarschaftshilfe"- Alter Wein in wieder einmal neuen Schläuchen!

In Kampfanzug und Stahlhelm

In Kampfanzug, mit Gasmaske und Stahlhelm übte eine Herforder Wehrsportgruppe „Krieg gegen England". Die Gruppe, die sich „Wehrsportgruppe Stukenberg" nennt, besteht zum Großteil aus Jugendlichen. Die sich mit diesem Fall befassende Polizei erklärte deshalb die ganze Angelegenheit zu einer Kinderei.

TAT 5.12.80

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab .....

0 ein Jahresabonnement DM 8,-
0 ein Förderabonnement (DM 20,-)

des DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

Name: .....

Vorname: .....

Straße: .....

Ort: .....

Bitte senden an:
Heinz Jacobi
Martin Greif-Straße 3, 8 Mü. 2

DEMOKRATISCHER INFORMATIONS DIENST
Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

Postscheckkonto Jacobi München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.
Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.
Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Heinz Jacobi, Martin-Greif-Straße 3 8000 München 2
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag